

★ Stadtteilkollektiv Rotes Winterhude (Hg.)

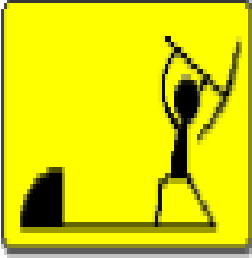

Der Hamburger Aufstand 1923

Verlauf - Mythos - Lehren



Hier übt Hamburgs Polizei Aufstandsbekämpfung in den 1920ern (Foto: privat)

Hamburg 2003

| | | | | |
|---|--|--|--|---|
|  | <p>Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur und Kommunikation e.V. (VAKK)</p> <p><u>Was tun wir?</u></p> | <p>Wir zeigen Filme, machen Recherchen, verlegen Materialien, agitieren und prozessieren gelegentlich,</p> | <p>veranstalten Seminare, richten Lesungen aus, helfen bei Nazi-Streß.</p> <p>Und ...</p> | <p>... wir wollen mehr werden!</p>  <p>Info vakk@roteswinterhude.de</p> |
| <p>VAKK ... the system! www.roteswinterhude.de/verein.htm Fax 040 360 361 890 1</p> | | | | |

Inhalt

| | Seite |
|--|-----------|
| Unsere Ziele | 2 |
| 1. Einleitung | 3 |
| 2. Die politische Situation in Deutschland 1923 | 4 |
| 3. KPD und Revolte | 5 |
| 4. Der Aufstand | 11 |
| 5. 80 Jahre danach - die Lehren | 27 |
| 6. Dokumentation: Hamburg auf den Barrikaden | 31 |
| 7. Literatur, Abkürzungsverzeichnis und einige Hinweise | 61 |

Unsere Ziele

Das **★ Stadtteilkollektiv Rotes Winterhude** ist eine linke, strömungsübergreifende Initiative, die Geschichte und Gegenwart Winterhudes untersucht, Materialien und Erinnerungsstücke zur politischen Kultur Winterhudes sammelt, sich gegen die schleichende Umstrukturierung des Stadtteils und die Vertreibung der ursprünglichen Bewohnerinnen und Bewohner wendet und Aktionen unterstützt, die die Menschen im Stadtteil und darüber hinaus auf antikapitalistischer Grundlage zusammenführen hilft. Wir engagieren uns gegen Projekte des Kapitals, soweit es sinnvoll in unsere Arbeit passt bzw. sie ergänzt.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten fördern wir journalistische und wissenschaftliche Arbeiten und Projekte, die politische und historische Aspekte der Entwicklung Winterhudes thematisieren und werben dafür um Sponsoren.

In den Erinnerungen alter Winterhuder und Winterhuderinnen ist Winterhude als roter Stadtteil lebendig, geprägt von vielfältigen Aktivitäten der Arbeiterbewegung. Die verschachtelte Bauweise des Stadtteils erschwerte in der Nazi-Zeit die Repression und ermöglichte es manchem Verfolgten den Faschismus zu überleben. Arbeiterwohnungen prägten ganze Straßen, so die Geibelstraße mit den Werkwohnungen von Maihak. Eine Vielzahl von kleinen und größeren Betrieben bestimmten das Leben und Arbeiten im

Stadtteil, eine der letzten, Maihak, verschwand jüngst aus dem Bild des Stadtteil und machte einem Medienzentrum Platz. Immer mehr Wohnungen im Stadtteil wurden in Eigentumswohnungen umgewandelt, was meist zu einem Wegzug der traditionellen Mieter führte.

Auch in den letzten Jahrzehnten gab es vielfältige politische Aktivitäten, erinnert sei nur an die legendären Schinkelplatzfeste der 1980er Jahre.


Mit der weitgehenden Auflösung der politischen Strukturen in den 1990er Jahren und der schleichenden Individualisierung weg vom gemeinschaftlichen politischen Prozess gingen die Individualisierung der Erinnerung und die Vereinzelung des Individuums einher.

Die Umstrukturierung des Stadtteils seit den 1980ern veränderte sein äußeres Gesicht. Gleichzeitig verschwindet die Erinnerung der Menschen an die fortschrittliche Alltagskultur, die den Stadtteil einst bestimmte und politisch formen half.

Dennoch gibt es hier und da nach wie vor Menschen, die in verschiedenen politischen Initiativen aktiv sind oder waren und einen Teil der kollektiven Erinnerung verkörpern - diejenigen, die sich auf die emanzipatorische Geschichte Winterhudes beziehen wollen. Die Erinnerungen und Erfahrungen aus den Kämpfen der Einzelnen sind keineswegs marginal: viele Teile ergeben ein ganzes, nur so lässt sich ein Bild zusammentragen.

Wir möchten die Anstrengungen dieser Menschen bündeln helfen und wieder zu einer

lebendigen, politischen Kultur im Stadtteil zusammenbringen.

Wir sind dabei keine Träumer und Idealisten. Es geht uns nicht darum, in schwärmerischer Rückschau Vergangenes zu beschwören, sondern eine politische Kultur im Stadtteil gegen Vertreibung und Umstrukturierung mit zu entwickeln, sowie in aktuelle Kämpfe einzugreifen. Wir verstehen uns als konsequente Antifaschisten und Antifaschistinnen und treten für die Auflösung faschistischer Gruppierungen ein. Nazis muss entgegnet werden, gleichgültig ob am Arbeitsplatz oder auf der Straße. Wir arbeiten seit Gründung eng mit dem  **Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur und Kommunikation e.V.** zusammen.

Die Initiative Rotes Winterhude hat sich Ende Mai 2000 in Hamburg als politischer Zusammenschluss von Leuten gegründet, die teilweise selbst politisch in linken Zusammenhängen Hamburgs arbeiten, darin gearbeitet haben oder allgemein an linker Politik interessiert sind. Seit 2002 treten wir unter der Bezeichnung Stadtteilkollektiv auf, um deutlich zu machen, was wir genau sein möchten: ein Kollektiv, welches politisch im Stadtteil Winterhude arbeitet.

Die Ziele des Stadtteilkollektivs Rotes Winterhude sind:

- a) Informationen zusammenzutragen und/oder deren Standpunkte zu benennen, die emanzipatorische Gruppen und Parteien in Winterhude und ihr Wirken in Geschichte und Gegenwart betreffen
- b) über das Internet regelmäßig über ihre Aktivitäten und Arbeitsergebnisse zu informieren
- c) Menschen für die materielle und ideelle Unterstützung ihrer Ziele zu gewinnen
- d) für die Vernetzung von Einzelpersonen und Gruppen zu arbeiten, die das Ziel unterstützen, in Winterhude für die Kontinuität emanzipatorischer Politik in Gegenwart und Zukunft einzutreten
- e) Diskussions- und Filmveranstaltungen zu organisieren und Materialien zur Geschichte der politischen Kultur Winterhudes zu publizieren.

Unser Wunsch ist es, die emanzipatorischen politischen Strömungen, die das Gesicht des Hamburger Stadtteils prägten, dem Vergessen zu entreißen und ihre

Geschichte Interessierten zugänglich zu machen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind uns herzlich willkommen, gleichgültig, ob sie in Winterhude leben oder nicht. Das Internet sehen wir als ein Vehikel, um Kontakte zu knüpfen, einen Austausch über die Grenzen Winterhudes hinweg zu ermöglichen und Informationen einzuholen.

Quelle: **Stadtteilkollektiv Rotes Winterhude**, Was wollen wir? Erklärung in der überarbeiteten Fassung vom 2. November 2002 (www.roteswinterhude.de/waswir.htm)

Wir danken an dieser Stelle allen uns politisch nahe stehenden/freundschaftlich verbundenen Cliquen, Zusammenhängen in diversen Einrichtungen und Einzelpersonen, die uns ermutigten

- mit nützlicher Kritik nach sorgfältigem Lesen
- mit der kurzfristigen Beschaffung verschollen geglaubter Broschüren
- mit Beistellung teurer Literatur und vergrabenen Fotos

das „Aufstands“-Vorhaben umzusetzen. Unser besonderer Dank gilt den Druckern, die in der Überzeugung, es für eine gute Sache zu tun, uns in schon konspirativ (ihr wisst schon Bescheid ☺) zu nennender Tradition einmal mehr die Produktion einer RotWinterhuder Broschüre in ihrer Arbeits-/Freizeit ermöglicht und unser gemeinsames manichäisches Weltbild (d.h. wir sind die guten, die anderen die bösen) neu unterfüttert haben.

1. Einleitung

Der Archivar im Staatsarchiv mustert uns ein wenig mitleidig, als wir ihn um Akteneinsicht in die Vorgänge um den Hamburger Arbeiteraufstand 1923 bitten. „Das ist ein sehr gut erforschtes Ereignis“ bescheidet er uns knapp. Wie sich bald zeigt, ist das „Ereignis“ nicht frei von Widersprüchlichkeit, Dramatik und sich diametral entgegengesetzt verortenden Ansichten über Sinn, Zweck, Verlauf und Lehren. Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, mit dieser Ausarbeitung nicht eine weitere linke Jubelpublikation zum Thema Aufstand vorgelegt zu haben und hoffen auf Resonanz. Da wir zumindest auf Broschüren-Ebene primär zu Winterhuder Themen schreiben, war die Vorgabe, hauptsächlich den Aufstand im Quartier zu analysieren. Schon bei den Vorarbeiten wird uns bewusst, dass dies eine willkürliche und daher unzulässige Einengung darstellen würde. Im Bereich der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien beschränken sich viele zeithistorische Untersuchungen auf eine reine Parteigeschichtschreibung. Sozial- und

wirtschaftsgeschichtliche Gesichtspunkte, in denen z.B. die Vorgänge auf den Parteitag und in den Parteien in Zusammenhang mit dem sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umfeld in Zusammenhang gebracht wurden, sind eher spärlich vorhanden. Leider haben die Akteure des Aufstands aus verständlichen Gründen selbst kaum zur Feder gegriffen¹. Für Vertreter der Hamburger Polizei dagegen übte und übt der Hamburger Aufstand begrifflicherweise Anziehungskraft aus², standen sie doch in direkter Konfrontation mit den Aufständischen³.

Im Oktober 1923 bestimmten drei - mehr oder weniger - bewaffnete Aktionen gegen den Staat die politische Szene in Deutschland. Die drei Aktionen wurden von gesellschaftlich unterschiedlichen Gruppen ausgelöst. In Küstrin waren es Reichwehrtruppen und Offiziere im Sold des Staates (Buchrucker-Putsch).

In München, nationalistische, bayerische Gruppierungen um Hitler/Ludendorff und den Generalstaatskommissar Kair sowie dem Inhaber der vollziehenden Gewalt in Bayern, General von Lossow. In Hamburg letztlich jene Renegaten der SPD, die über die USPD in die VKPD/KI gelangten, sich selbst als militante Gruppierung verstanden und von einer Kampfleitung unter Thälmann politisch angeführt wurden.

¹ Jan Valtin (*richtig* Richard Krebs), Walter Zeuschel und Alfred Neuberg (*richtig* Hans Kippenberger) sind Beispiele. Willi Bredel erinnert sich ebenfalls. Klaus Wildenhahn und Gisela Tuchenhagen drehen 1971 mit zehn AkteurInnen des Aufstands ein s/w-Video.

² Lothar Danner, Ordnungspolizei Hamburg und Erwin B. Boldt, Die verschenkte Reform, Hamburg 2002. Die ungebrochene Aktualität des Themas Aufstandsbekämpfung zeigt sich schon darin, dass Boldt - hoher politischer Beamter der Hamburger Polizei bis 1986 - noch heute in seiner Dissertation das Vorgehen der Repression 1923 in Schutz nimmt und auch nicht vergißt, die relativ harmlose Kritik der Gruppe 'Kritische PolizistInnen' an der Polizei zurückzuweisen. Boldt, S. 146.

³ In zwei oder drei Fällen – vielleicht mehr? – sollen Aufständische Verbindung mit Polizeibeamten unterhalten haben. Altus, 1919 Vertreter im 'Schutzmannsrat', ein Polizeiwachmeister Schwarz und ein Posten vor der Radfahrwache Hamm-Mittelstr. sympathisieren möglicherweise mit dem Aufstand. Nachgewiesen wird das nicht. Die Radfahrbereitschaft Hafens, die die Wache Hamm besetzt hatte, wird daraufhin aufgelöst.

Letztlich wird auch an der vermeintlichen „Thälmann-Legende“ zu untersuchen sein, welchen Eindruck denn Thälmanns bewaffnete Aktion in der Hamburger Wählerschaft und in seiner eigenen Partei hinterließ. „Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als auf dem Misthaufen der Demokratie verfaulen“ war eine Losung der kommunistischen Partei in Hamburg. Sie kann aber als Motto für ganz unterschiedliche Bevölkerungskreise angesehen werden, die zwischen dem 1. Oktober und dem 9. November 1923 an den drei Orten versuchten, den Staat gewaltsam umzugestalten. - Den Staat? Gab es überhaupt noch einen Staat im üblichen Sinne? In Hamburg und München hatten die gewählten Volksvertreter ihre Macht längst einem Polizeiherrn bzw. einem General-Staatskommissar übertragen. Beide hantierten mit quasi diktatorischen Vollmachten. Der Reichspräsident hatte über das Deutsche Reich einen militärischen Ausnahmezustand verhängt und seine eigenen Vorstellungen vom Zusammenleben. Letztlich regierten ein Reichwehrminister und zehn seiner Generäle. Und was lief in Hamburg ab?⁴ In Hamburg wurden Teile der KPD instrumentalisiert und dem politischen Interesse Thälmanns untergeordnet⁵.

2. Die politische Situation in Deutschland 1923

Am 1. Oktober 1923 stand für die Kommunistische Internationale die „objektive Reife“ einer deutschen Revolution unmittelbar bevor: Sie wurde innerhalb weniger Wochen erwartet. Die Mitglieder der Kommunistischen Partei in Deutschland erhielten den Auftrag zu verstärkter politischer Agitation, militärischer Organisation sowie Verhaltensmaßregeln für den illegalen Kampf.

Mit dieser Einschätzung standen die Kommunisten im Herbst 1923 nicht allein da. Außer ihnen hatte bereits der aus der Reichswehr entlassene und am Kapp-Putsch beteiligte Major a.D. Ernst Buchrucker von Küstrin aus mit den Arbeitskommandos der Reichswehr, die er in Küstrin befehligte, versucht, zunächst das Berliner Regierungsviertel zu besetzen (29. und 30. September 1923) und als dies nicht länger

⁴ Die Darstellung der Fakten in Kapitel 5 folgt weitgehend der 1978 verfassten Examensarbeit von Karl Heinrich Biehl, die 2000 unter dem Titel *Der Thälmann-Putsch in Hamburg und Umgebung* für sündhaft teure 30 Euro erschienen ist. Im folgenden Biehl zitiert.

⁵ Biehl, S. 23ff.

opportun erschien, erstürmte er die Küstriner Festung am 1. Oktober 1923. Sein Mitverschwörer, Marschall von Bieberstein, besetzte die Spandauer Zitadelle⁶. In München bereitet sich eine rechtsextremistische Gruppierung um Hitler und Ludendorff zu einem Marsch auf Berlin vor und unternimmt am 9. November 1923 einen „Marsch auf die Feldherrnhalle“. Auch diese Gruppierung beabsichtigt, ihren Machtanspruch ins Volk zu tragen.

Der oberste deutsche Repräsentant, Reichspräsident Friedrich Ebert, hatte gleichfalls Vorstellungen entwickelt und in die Tat umgesetzt, die politische Entwicklung zu steuern. Er bediente sich eines dafür in der Verfassung vorgesehenen Instrumentariums, das schon dem König von Preußen in seinen Kriegen treffliche Dienste geleistet hatte: politisches Aufbegehren des Volkes wurde mit Aussetzung demokratischer Grundfreiheiten beantwortet. Im Herbst 1923 befand sich schließlich das gesamte Deutsche Reich unter dem militärischen Ausnahme- oder im preußischen Belagerungszustand⁷.

Wesentliches Kennzeichen dieser preußischen Variante einer verfassungskonformen Diktatur „von oben“ war, demokratisch gewählte Regierungen des Deutschen Reiches unter Kuratel eines Militärbefehlshabers zu stellen oder sie ihrer Ämter zu entheben.

Die „vollziehende Gewalt“ war diesem Militärbefehlshaber übertragen und die jeweiligen Regierungen der einzelnen Länder des Reiches geschäftsführend unter Aufsicht eines Regierungskommissars tätig. Im Herbst 1923 wurde Deutschland von zehn Generälen regiert.

3. KPD und Revolte

1923 war das Jahr horrender Geldentwertung. Das bedeutet⁸, verdienst du heute einen Zehner und kannst dafür zwei Brote, Milch und Eier kaufen, dann kriegste morgen für deinen Zehner nur noch die Eier. Das Geld wird immer weniger wert. Neben der horrenden Inflation gab es eine hohe

⁶ Harold J. Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926, Frankfurt/M 1959, S. 20f.

⁷ Verordnung des Reichspräsidenten aufgrund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung vom 26. September 1923, RGBl. 1/1923, S. 905.

⁸ Diese Ausführungen folgen vor allem GdV-Team (Hg.), Gegen das Vergessen. Sozialrevolutionärer Widerstand und Verweigerung in Deutschland, Münster 1999, besonders S. 40-46, 48-51.

Arbeitslosigkeit. Beides zusammen bedeutete für die Frauen, sich was einfallen lassen zu müssen. Wieso gerade die Frauen? Ganz einfach, weil die Frauen aus den letzten Lebensmittelresten noch Essen zaubern mußten, aus den kaum noch verwertbaren Klamotten noch was brauchbares für die Kinder nähen sollten, durch ihre soziale Ader zur Nachbarschaft oder aufs Land Kontakte knüpften, um noch etwas aufzutreiben, das sich irgendwie verwerten ließ.

Diese soziale Ader und die daraus gesponnenen Netze von Kontakten waren dann auch die Grundlage für die wirkungsvollste Bekämpfung der Inflationsauswirkungen: die direkte Aneignung der Lebensmittel und der benötigten Textilien. Die sogenannten Marktkrawalle und Plünderungen, die es ab 1921 im ganzen Land gab, wurden von Frauen getragen.

Im Gegensatz zu diesen direkten Aneignungsaktionen hatten die Lohnarbeitskämpfe in den Betrieben weitaus weniger Effekt. Die Inflation war in Galopp verfallen, so daß jeden Tag ein Streik um Lohnerhöhung hätte stattfinden müssen, um ihr hinterherzukommen.

Der Widerstand dagegen begann Ende 1919 und Anfang 1920. Es fanden Demonstrationen statt gegen die Lebensmittelknappheit in: Krefeld, Osnabrück, Ulm, Aalen, Ravensburg, Mainz, Essen, Bremen. Ebenso vom Juni bis zum Juli Aufstände in Hamburg, Oldenburg, Würzburg, Cuxhaven, Lübeck, Worms, Wittenberg, Ilmenau, Karlsruhe und Königsburg. Vor allem Frauen und Jugendliche mischten mit. Der Ablauf war meist wie folgt: Alle treffen sich vor dem Rathaus und fordern Lebensmittel – „Preisherabsetzung“. Dann wird in größeren Gruppen losgezogen und die Läden geplündert, vor allem Schuhe, Klamotten und Essen.

Die Polizei schießt oft in diese Aktionen hinein und verhängt in manchen Städten den Belagerungszustand. Es wird berichtet, daß in einigen Städten auch zurück geschossen wird.

Wie ging nun die KPD mit den Plünderungen um?

Erstmal kann sie nicht erfassen, was da passiert und kommt irgendwann auf die Erklärung: Provokateure am Werk! Daß hauptsächlich Frauen dabei sind, will sie nicht wahrhaben. Erst eineinhalb Jahre später wird dies in Artikeln erwähnt, doch gleich mit dem erhobenen Zeigefinger: das ist doch kein Punkt im Klassenkampf!

„Beraubung (!) der Eigentümer ist nicht Aufhebung des Eigentums“. So weise, so an der Situation vorbei. Ihr Fazit: Plünderungen werden nicht als reale Klassenauseinandersetzung begriffen, sondern als ganz gefährliche Abkehr vom wahren Weg. Plünderungen ziehen zuviel Kräfte und Energien ab für den eigentlichen Kampf, den Kampf um die Betriebe. Plünderungen sind außerdem gefährlich! Im Zuge des Ausnahmezustandes, der, wie erwähnt verhängt wurde, gab es nämlich ein öffentliches Versammlungsverbot. Dies wiederum hieß für die KPD, nicht ihre traditionellen Veranstaltungen machen zu können.⁹

So etwas gab es entsprechend auch früher. NationalistInnen waren auch in den Mengen dabei und gaben dem Ganzen teilweise eine andere Richtung, daß zum Beispiel in antisemitischen Überfällen die Läden kleinerer jüdischer Leute zerstört wurden.

Bloß weg mit den Plünderungen! Und wiederum verweist die KPD auf die Bedeutung der Lohnkämpfe, die darbenenden Massen in Wien haben an einem Tag 176 (herzlichen Glückwunsch zu dieser beachtlichen Leistung!) Geschäfte geplündert, und auch in Berlin und in Deutschland gab es ähnliche, vereinzelte Fälle. Ist dies ein Ausweg? Nein und hundertmal nein! 'Zwischen uns und dem Kapitalismus liegt nur die Fensterscheibe' sagen diejenigen, die diese Plünderungen billigen. Dies ist falsch. Zwischen uns und dem Kapitalismus liegt etwas viel wesentlicheres, und das ist die Duldsamkeit, die Unentschiedenheit, der Unwille von Millionen proletarischer Frauen und Männer zum entschlossenen Kampf gegen die Bourgeoisie...".

Was sie dabei übersahen: Die Plünderungen waren Ausdruck von „Unwillen“ und vor allem eine Praxis dazu, die dem „Unwillen“ Ausdruck verlieh.

Die von der KPD entwickelte Alternative sah folgendermaßen aus:

„Im ganzen Land müssen die Gewerkschaften zahlreiche Kommissionen von proletarischen

⁹ Bemerkung der VerfasserInnen: 'Wie wir es auch vom 1.5.1987 in Berlin kennen, sind Plünderungen, wenn sie von vielen getragen werden, keine durch und durch 'bestimmte' und durchorganisierte Geschichte. Es sind bisweilen unangenehme Leute dabei, denen du ansonsten nur in die Fresse hauen willst'.

Frauen und Männern einsetzen und die Rechte der Beamten zur Bekämpfung des Wuchers für sie erkämpfen. Die proletarischen Frauen und Männer selber müssen durch diese Kommissionen die Warenvorräte kontrollieren und sie in Einklang mit den Verkaufspreisen bringen...“.

Die Erfassung der Sachwerte aber ist die Beschlagnahme „Die Arbeiterschaft muß verstehen, daß solch eine Maßnahme niemals auf dem Weg der Verhandlungen, sondern nur dem Kampf aller werktätigen Frauen und Männer in Stadt und Land gegen die Bourgeoisie erreicht werden kann. Entweder kämpfen, oder noch mehr verelenden und verhungern. Ein drittes gibt es für die Arbeiterschaft nicht, und wir Kommunisten müssen es ihnen klar sagen.“

Während die KPD diese recht aufgeblähten Organisationsvorschläge entwickelt, gehen die Aufstände 1922 weiter. Dabei kommt es zu Toten. Betriebe streiken wegen der Lebensmittelknappheit, überall finden Demonstrationen statt.

Frauen organisieren dabei auch reine Frauendemos und schicken Frauendelegationen auf überregionale Kongresse.

Die KPD strickt weiter an ihrem Modell der umfassenden Preiskontrolle, in dem die Frauen die Funktion bekommen sollten, zu überprüfen, ob die Händler auch die korrekten Preise einhalten. Sie betont die Begrenztheit regionaler Konfliktlösung und deren Chancen auf Erfolg. Das stimmt zwar und fällt ins Auge, hilft aber als Erkenntnis auch nicht aus der Klemme. Die KPD betont die Bedeutung von politischer Macht, was für sie aber dann wiederum konkret bedeutet, z.B. in Zusammenarbeit mit der Polizei (!) die Waren zu beschlagnahmen.

Es ist eine recht zwielichtige Angelegenheit. Die oben erwähnten Kontrollausschüsse sollten dazu dienen, die Massen wachzurütteln und zu agitieren. Dabei kamen sie allerdings nicht einmal mit denen klar, die da recht wach herumsprangen und die Geschicke in die eigene Hand nahmen.

Des Weiteren sollten die Ausschüsse nebst Massenagitation den Bullen und dem Militär klarmachen, daß auch sie was von der Revolution hätten.

Dies hat natürlich auch was mit den Erfahrungen von 1919 zu tun. Wiederholt kam

das Argument, wie wichtig es sei, daß das Militär sich auf die Seite der Revolution schlägt.

Frauen der KPD lassen zu all dem recht wenig verlauten. Oft wird eher für den Beitritt in die Partei gepowert als für die Bildung von Frauenausschüssen oder dem Agitieren für Inhalte, in denen die Situation von Frauen allgemeiner und nicht nur vom Parteistandpunkt thematisiert wird.

„Arbeiterfrauen! Nur die kommunistische Partei stellt sich auch in dieser schweren Zeit an eure Seite und unterstützt euren Kampf, denn sie ist die wahre Vertreterin des revolutionären Proletariats. Säumet nicht länger, reiht euch ein in die kommunistische Partei, um unter ihrer Führung gegen Not und Ausbeutung zu kämpfen!“

So zählte für die KPD, wie bei fast allen anderen Kämpfen, hauptsächlich als Erfolgskriterium, wie viele Neuzugänge die Partei verbuchen konnte.

Es sollte aber noch dicker kommen. Bevor wir dazu kommen, noch mal kurz zusammengefaßt: die KP sah den Hauptkonfrontationsbereich im Lohnarbeitssektor und steckte daher alle Bemühungen da rein, um in diesem die meiste Organisierungskompetenz und -rolle zusammenzufassen.

Ausdruck dessen sind diese Kontrollausschüsse, die vor allem von „Arbeitern und Gewerkschaftern“ gebildet werden sollten.

Klar sollen auch Hausfrauen und Arbeiterinnen rein, aber komischerweise wollen und wollten die das immer nicht. Sie hatten dazu schlicht keinen Bock.

Das zweite Problem bestand darin, daß neben der Priorität des Lohnarbeitsbereiches sich die Partei selbst als der bestimmende Teil dieses Bereiches sah. Ihr fiel die „Aufgabe“, die „Pflicht“ zu, diesen Bereich zu organisieren, zu führen und zu lenken.

Darüber wurden viele andere Initiativen übersehen, weggesteckt und nicht verstanden, da sie in diesem Konzept keinen Platz hatten.

Im Laufe der Zeit werden die Frauen mehr wahrgenommen. Eine massivere Agitation setzt unter den Arbeiterinnen ein, damit sich diese an den Kontrollausschüssen beteiligen.

Diese gehen aber kaum rein. Das hat wohl die Ursache, daß die meisten Frauen, die plündern waren, dies in der Rolle der Hausfrau gemacht haben, und nicht im Bewußtsein, Lohnarbeiterin zu sein. Doch dieses war ja

genau der für die KPD interessanteste Aspekt an den Frauen. Nur kam es auf den in diesem Falle weniger an. Je weiter die Kontrollausschüsse sich über das Land ausbreiten, die Strategie der KPD beginnt, sich in die Praxis umzusetzen, und als vermeintliche Alternative sichtbar wird, desto größer wird ihre Hetze gegen die Plünderungen. Doch dies nutzt alles nichts und es folgt schon bald eine neue Welle von Plünderungen und Hungerdemonstrationen.

Die KPD reagiert scharf:

„Das Kapital, die Reaktion braucht jetzt Putsche. Und wo nicht politisch ungeschulte oder verlumpte Elemente der Reaktion den Gefallen tun, Krawall zu machen, da müssen Provokateure und Spitzel in gehöriger Weise nachhelfen. Plünderungen, Aneignung von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern durch einzelne Personen geschehen immer zum Nachteil der Arbeiterschaft, stets zum Vorteil der Ausbeuter.“

Und: die KPD geht weiterhin davon aus, daß die maßgebliche Auseinandersetzung zwischen organisierter Arbeiterklasse, sprich den Verbänden der KPD, also zwischen den von ihr agitierten Massen und der Bourgeoisie abläuft. Hauptziel der Bourgeoisie ist demnach vor allem, die KPD zu zerschlagen und weniger die anderen Bewegungen, die sich gleichzeitig recht militant auf der Straße bewegen.

So kommt die KPD zu der Konsequenz: *„Darum muß die Polizei Gelegenheit bekommen, dem Proletariat örtlich blutige Niederlagen zu bereiten. So schwächt man die Arbeiterschaft, so verhindert man ihren organisierten Kampf, so putscht man die ganze Öffentlichkeit gegen die Opfer der schamlosesten Räuberpolitik auf“.* Das heißt nun wieder im Klartext, Plünderungen sind nicht nur wenig zielgerichtet, sondern putschistisch und konterrevolutionär. Harte Geschosse!

Daß die Beteiligung der angestrebten Massenbasis - geschweige denn der Frauen und Männer, die plündern gehen - an den Kontrollausschüssen so mager ist, wird nicht als Punkt zur kritischen Reflexion der eigenen Politik genommen, sondern muß wiederum für ihre Annahme herhalten, daß man es wohl den Plünderern nicht klar genug gesagt hat, worum es geht. Das Proletariat ist halt rückständig und dämmert dahin.

Ganz besonders rückständig, denkt die KPD, sind die proletarischen Hausfrauen.

Daß die KPD die proletarischen Hausfrauen kaum erreichen konnte, obwohl sie ihr so am Herzen lagen, lag in erster Linie daran, daß sie ihnen wegen der schon beschriebenen Reihenfolge der Wichtigkeit von Kämpfen eh nur den zweiten Platz einräumten.

Zudem galten sie als ein bißchen zurückgeblieben. Selbst Clara Zetkin, die ja immerhin als die Frauenzuständige der KPD galt, meint dazu: *„Selbst in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern ist nur die Minderzahl der Proletarierinnen zu Industriearbeiterinnen geworden. Breiteste proletarische Frauenmassen stehen also außerhalb der Betriebe. Ohne sie zu erfassen kann das Proletariat keine siegreichen Kämpfe führen. Bei allen Kämpfen bedarf man nicht nur der Elitetruppen (also der ArbeiterInnen), sondern auch der großen Gewalthaufen (sic! Die BearbeiterInnen). Das sind in unserem Falle die Arbeiterfrauen. Wenn wir sie nicht gewinnen, haben wir den Feind im Rücken, der kämpfende Proletarier hat ihn ständig in seinem Heim.“*

Und wenn die KPD noch so viele euphorische Flugblätter an diese Frauen verteilt haben mag, wie wichtig sie seien und wie gut es wäre, wenn sie sich einreihen würden ... bei so viel Verachtung ihrer Arbeit und ihrer Person konnte diesen das gleichgültig sein.

Aber so viel Reflexion war da - wie es scheint - nicht zu machen. Die KPD organisierte statt dessen weiter Kongresse, auf denen sich zumindest die Massenbasis und deren Kampfeswille nach außen repräsentativ darstellen lassen konnte. Auf 840 Delegierte eines solchen Kongresses kamen einmal 16 Hausfrauen und 16 Arbeiterinnen. Diese Zahlen sprachen eine deutliche Sprache über die Repräsentanz der Basis auf diesen Kongressen. Es hatte nicht viel miteinander zu tun.

Was lief auf diesen Kongressen ab? Betriebsräte und Kontrollausschüsse werden beauftragt, zur Führung solcher Bewegungen und Kämpfe. Dazu haben sie vor allem die jeweils aufgestellten Forderungen bei Behörden und Privaten nachdrücklichst zu vertreten. jede Form von Einzelhilfe, insbesondere Plünderungen stärken nur den Einfluß der Kapitalisten, Schieber und Wucherer und werden daher von der organisierten Arbeiterschaft bekämpft (sic!). Demonstrationen und weitere Ausdrucksmittel des Massenwillens sind anzuwenden, wenn den genannten Organen der Arbeiterschaft starker Widerstand entgegengestellt wird."

Die bisher hauptsächlichen Akteure der Straße werden zur Masse degradiert, während andere für sie die Organisation der Preisherabsetzung übernehmen sollen. Sie sollen ihnen sagen, wo es lang geht.

Die KPD erkennt auch die Grenzen, die ihren Vorstellungen von Staat und Bourgeoisie gesetzt werden. Diese lassen sich selbstverständlich die Teuerung nicht durch rein legale Methoden aus der Hand nehmen. Aber anstatt gleich zu anderen Methoden überzugehen bzw. diese in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu stellen, beginnt zuerst der alte Sermon über den Verrat der SPD an der Arbeiterklasse, wie schlecht diese sei und wie wichtig und unumgänglich die Weltrevolution.

Frauen ziehen unterdessen selber los, auch gemeinsam und mitinitiiert von KPD'lerinnen. Es gab halt doch auch 'Freiräume' in dem ganzen politischen Korsett der KPD. Und auf das die KPD danach begeistert schauen konnte, ohne zu verstehen, wie es zustande gekommen war.

„Die Frauen ließen sich nicht irre machen, sie besprachen sich, eine neue Versammlung einzuberufen, und alle anwesenden Frauen verpflichteten sich, die notwendige mündliche Propaganda zu betreiben.

Der festgesetzte Tag kam und die Frauen gingen früh um 8 Uhr schon mit ihren Schildern auf die Straße, wo sie ihre Leidensschwwestern aufforderten, zu dieser Versammlung zu kommen. Doch die Schupo erblickte darin eine staatsgefährdende Aktion und ging dazu über, die Schilder zu beschlagnahmen und ihre Trägerinnen zu verhaften und zu mißhandeln. Das brachte die Frauen in Erregung und sie versuchten, in die Wache einzudringen. jetzt glaubte sich die Schupo (Schutzpolizei) bedroht und ging mit blanker Waffe gegen die Frauen vor.

Nachdem sich dann die inzwischen angesammelte Masse von 3.000 Menschen auf den Platz zurückgezogen hatte, und eine Arbeiterfrau in schlichten Worten sich an die anwesenden Frauen wandte und sie ersuchte, eine Hausfrauenkommission zu bilden und bei der Behörde vorstellig zu werden, um eine gewisse Abhilfe gegen die Teuerung zu schaffen. Und man zur Wahl einer Hausfrauenkommission von 10 Frauen geschritten war trafen 2 Lastautos mit etwa 100 Schupoleuten ein, die jetzt die Versammelten auseinandertrieben. Von diesem Losschlagen der Schupo gegen die wehrlosen Frauen hatten die Arbeiter in den Betrieben gehört, und einzelne Betriebe wollten sofort den Frauen zur Hilfe eilen. Es

sandten nun die größten Betriebe Delegationen, und inzwischen hatten auch die Gewerkschaftsbürokraten versucht, vermittelnd einzugreifen und vor allem zu verhindern, daß die Arbeiter aus den Betrieben gingen. Die gewählte Hausfrauenkommission erblickte nun ihre erste Aufgabe darin, sich gegen das rigorose Vorgehen der Schupos zu wehren. Außerdem hat man sich noch mit einer Einladung an die Betriebsräte und die proletarischen Parteien gewandt, um in einer gemeinsamen Sitzung zur Frage der Teuerung Stellung zu nehmen und einen erweiterten Kontrollausschuß auch von den Arbeitern zu bilden. Wir sehen, wie hier der Kampf gegen die Teuerung von den Frauen allein ausgegangen ist. Aber allein dieses Vorgehen der Frauen hat schon bestimmte Vorteile gehabt. So wurden nach der ersten Versammlung durch die Wucherpolizei, die sonst nie auf dem Markt zu sehen war, die Preise herabgesetzt. Nach der zweiten Versammlung wurden die Preise ebenfalls stark herabgedrückt, so daß die gute Butter auf dem Markt billiger war als die Margarine in den Geschäften. Ebenso sah sich die Stadt auch genötigt, an die alten Leute sofort eine Geldunterstützung auszuzahlen. Was sonst wochenlang dauert, konnte jetzt in wenigen Tagen erledigt werden".

Dies ist ein Beispiel für die direkte Aktion auf der Straße. Das bürokratisch aufgeblähte Konzept der Kontrollausschüsse schloß langsam immer mehr ein, weil sich darüber kaum Erfolge einstellten. Die Kontrollausschüsse sollten eben vor allem sammeln, auswerten und aufklärend auf die Masse einwirken, während die KPD im Parlament Vorstöße machen wollte. Parallel dazu baute sie aber auch militante Gruppen auf, um Aufstände (bzw. 'den' Aufstand) vorzubereiten.

Leider konnten darin kaum welche von denen einbezogen werden, die ansonsten auf der Straße aktiv waren.

Information: August 2006 Aufgrund einer gerichtlichen Auseinandersetzung 2005 haben wir das ursprünglich hier abgebildete Faustkreuz herausgenommen. Es kommen auch wieder andere Zeiten!

Symbol der autonomen Sanität

Diese militanten Gruppen sollten später die Ausschüsse unterstützen, bzw. die Ausschüsse sollten sich an ihnen beteiligen. Bis dahin war die Entwicklung der Ausschüsse selbst aber schon zu weit entfernt von den Basisbewegungen, als daß es mehr als ein theoretisches Konzept werden konnte.

Im Juni und Juli 1923 kam die nächste Welle von Plünderungen. Die Organe der KPD verkündeten stolz, daß die organisierten militanten Gruppen der Arbeiterschaft, der KPD-Ordnungsdienst, es geschafft habe, teilweise Plünderungen zu verhindern - eine wahre Glanzleistung! Wen wundert es da noch, daß sich niemand für diese militanten Gruppen begeistern konnte. Es kommt bei diesen Demonstrationen zu Toten und Massenfestnahmen. Die Ausschüsse werden verboten und das Konzept der KPD hängt nun in der Luft.

Im August 1923 überzog wieder eine Streikwelle das ganze Land. In Berlin gab es sogar einen Generalstreik, was die dortige Regierung zum Rücktritt zwang. Und wieder und wieder gab es Plünderungen - sie waren nun mal nicht zu unterbinden.

Die KPD nahm dies als Zeichen, daß die Zeit reif sei für einen erneuten Aufstandsversuch. Wobei wir mal elegant übersehen, daß sie mit den AkteurInnen auf der Straße wenig am Hut hatte.

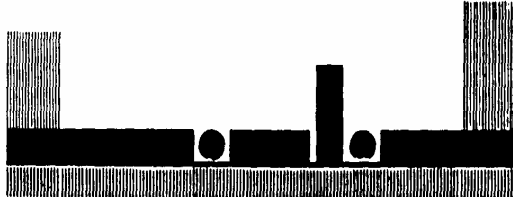
Ende 1923/24 stabilisierte sich die Währung. Die Ausschüßbewegung war endgültig eingeschlafen und tot.

Im August 1924 gab es eine Prozeßwelle gegen Frauen, die sich an Hungerdemonstrationen und Plünderungen beteiligt hatten.

Die Zuversicht, in einem entscheidenden Endkampf den Militärs die Macht zu entreißen und die befreite Gesellschaft aufzubauen, war zumindest auf der Massen- und unorganisierten Ebene geschwunden. Die Auspowerung durch sechs Jahre Konfrontation war vollständig. Erst der Krieg an der Front, dann der Kampf gegen den Krieg und dann noch die Verteidigungskämpfe bzw. offensiven Versuche, eine richtige Revolution zu erreichen. Es ist schwer vorstellbar aber so wie jede Familie Tote an der Front zu beklagen hatte, so kamen jetzt in vielen Familie noch die Toten durch die revolutionären Erhebungen dazu. Das kostet Kraft, Mut und so weiter. Am Ende des Ruhraufstandes erschien das Ziel in noch weiterer Ferne als jemals zuvor. Und Tausende in den Knästen. Wen wundert es, wenn sich endlich mal mehr um den Alltag gekümmert wurde und - wie oben beschrieben die nächsten heftigen Kämpfe immer mehr an den Grundfragen entstanden: Wo bekomme ich ausreichend zu essen?

Wir wollen noch mal kurz einen Vergleich zu heute ziehen. Wenn wir unsere autonomen Bewegungskurven anschauen, wo die Power höchstens ausreicht für zwei Monate

klassische Kampagnenpolitik, um sich dann endlich wieder der eigenen Erholung zu widmen, da erscheint es unvorstellbar, daß die Frauen und Männer damals diese Energie aufgebracht haben. Während also die breite Masse erstmal resignierte - wie gesagt in der Hoffnung auf 'die letzte Schlacht' gab es bei den organisierten RevolutionärInnen auch andere Tendenzen.



Stilisierte Barrikade im Jugendstil-Style

Oktober 1923

Die Verbindung und Verzahnung von VKPD und Komintern nahm immer bizarrere Formen an. Immer mehr liefen strategische Planung und Beratung direkt über die Komintern ab. So ergab die „objektive Beurteilung“ des Jahres 1923 ähnlich günstige Bedingungen wie die Oktoberrevolution in Rußland.

- Die Alliierten hatten Teile des Ruhrgebietes besetzt, um die eingeforderten Reparationen selbst abzubauen. Die Regierung rief zum passiven Widerstand auf - aber sowohl nationalistische Gruppen (Freikorps) wie auch kommunistische Gruppen griffen zur direkten Aktion. Es kam zur ersten größeren Berührung zwischen kommunistischer und nationalistischer Ideologie. So wurde von KommunistInnen die Energie einiger aufrechter Nationalisten gelobt.

Das alles entsprang der Frontstellung Alliierte gegen Sowjetunion und damit dem Versuch, mittels nationalistischer, sozialistischer Propaganda Leute ins kommunistische Lager zu ziehen. Das gelang allerdings kaum. Vor allem um 1930 kam diese Position noch mal viel stärker in einem eigenen Programm zum Ausdruck (sogenannter Nationalbolschewismus).

- Es gab ständige Unruhen wegen der Inflation.
 - In Sachsen (zeitweilig auch Thüringen) regiert die SPD nur unter Tolerierung der KPD. Diese stellte zur Bedingung, proletarische Hundertschaften aufzubauen, welche die Aufgabe hatten, die Gefahr eines Rechtsputsches zu verhindern.
 - Eben dieser drohte ständig von Bayern auszugehen, wohin sich alle verfolgten Nationalisten unbehelligt zurückziehen konnten. Zwischen 1918 und 1922 gab es 354 Morde, die von Nationalisten an Linken verübt wurden.

- Schließlich kam es tatsächlich zum Putschversuch von Hitler, der aber schnell zerschlagen wurde.

Diese ganzen Faktoren, verbunden mit der immer noch runtergeschrotteten Situation in der UdSSR, schienen für einen Aufstandsversuch erfolgversprechend zu sein. So ging die KPD in die intensivere Planung über, während in der Sowjetunion bereits Veranstaltungen abliefen über die siegreiche Oktoberrevolution in Deutschland und Weizen gesammelt wurde, um die siegreichen deutschen ProletarierInnen über den ersten Hunger zu retten.

Unkontrollierte Unruhen und Streiks in Deutschland wurden in dieser Zeit von der Sowjetunion nur als störend begriffen, weil sie ablenken würden von der wahren Aufgabe.

Was jetzt den ganzen Plan angeht, so ersparen wir uns den. Es gab einen ganzen Katalog von Maßnahmen und erwarteten Gegenmaßnahmen (z.B. Einmarsch in Sachsen), die dann wieder neue Schritte zur Folge haben würden.

Fakt ist - einen Tag vor dem Start - wurde der Aufstand auf Beschluß der Zentrale abgesagt. Nur die Hamburger KP unter Thälmann, wollte es dennoch versuchen, zumindest ein erneutes Signal setzen.

Nach diesem Kurswechsel begann die systematische Verfolgung jeglicher Opposition, die sich gegen die Linie der Partei artikuliert. Alles das, was an Tendenzen sich bereits abzeichnete, wird in den folgenden Jahren mit Brachialgewalt durchbrochen.

Nun wird auch der Kurswechsel in der russischen Revolution endgültig. Weg von der „ständig und permanenten Weltrevolution“ hin zur Absicherung und Stabilisierung der eigenen Revolution. Für diesen Kurswechsel stehen die Namen von Trotzki als Verlierer und Stalin als Sieger, der nun den „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ vorbereitet.

Kritische Stimmen verschwinden zunächst aus der Partei; kurze Zeit später in Lagern. Kritische Texte werden verbrannt, der Bürokratismus wird zum beherrschenden Selbstzweckapparat.

Auch die KPD vollzieht diesen Kurswechsel und wird in den nächsten Jahren immer mehr zum Abziehbild stalinistischer Einheitslehre. „Die Partei hat immer recht“ und Stalin sowieso. Fortan wimmelt es von „kleinbürgerlichen, opportunistischen Cliquen und Elementen“ in der Partei, denen bei Läuterung noch zugestanden wird, verwirrt

gewesen zu sein, weil sie vom Weg des Marxismus-Leninismus abgekommen sind.

Nach dem gescheiterten Aufstand in Hamburg herrschte, wie leicht nachzuvollziehen ist, ziemlich Untergangsstimmung. Ein paar Monate später wird die Partei am 1.3.24 wieder legal.

Die Partei beginnt sich nach den Aufstandsplänen wieder verstärkt der gewünschten Basis zu nähern: den ArbeiterInnen in den Betrieben.



Das Bild „Thälmann im Hamburger Aufstand“ zeigt eine Situation vor dem Aufstand. Maler Colberg hat, um die „größtmögliche Wahrheit der geschichtlichen Vorgänge zu gewährleisten“, 1953 nicht nur Nachforschungen bei den Beteiligten angestellt, er hat auch versucht, die „Stimmung dieser Jahreszeit in den Straßen zu studieren“. Der Anspruch, sozusagen die „größtmögliche Wahrheit“ darzustellen, wird konterkariert durch die Zielsetzung, Thälmann posthum ein Denkmal setzen zu wollen.

Ganz im Sinne des Leninschen Prinzips des demokratischen Zentralismus ist Thälmann derjenige, der den Aufstand zwar leitet, doch als Gleicher unter Gleichen dargestellt ist. Info:

<http://www.dhm.de/ausstellungen/auftrag/54.htm>

Von allen Stellen und Instanzen abgesegnet beginnt die komplette Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen. Dieses bedeutete im Endeffekt eine verstärkte Abkehr von Menschen, die nicht in Betrieben arbeiteten.

Es stimmt immer wieder traurig, wie es so nebenher lief. Da laufen 1924 wieder die Streiks, an denen sich von 'außen' teils mehr proletarische Hausfrauen als Arbeiterinnen beteiligen. Aber für sie interessiert sich kein Schwein. So wird das Motto der 8. März Demo „Kampf um den 8 Stunden Tag“ auch nicht besser.

Und die nächste Wende kommt dann 1925. Ab 1924 wird in den Parteistrukturen ein Konzept diskutiert, das - wo auch sonst - in der Sowjetunion gerade zum Tragen kommt.

Das Konzept trägt die Parole: „Heran an die Massen“ und versucht, flächendeckende Propagandaarbeit unter den Massen

durchzuführen und diese in einem Delegiertensystem zusammenzufassen.

Organisationen, die diese Arbeit leisten sollen, sind die Ende 1924 gegründeten Frontorganisationen. An dieser Stelle sei noch mal betont, daß es bei den Diskussionen eher um die Form der Organisierung als um den Inhalt der Organisierung ging. Inhalt hätte nämlich bedeutet, sich mehr mit den Leuten auseinanderzusetzen. Und nicht, sich die besten Methoden zu überlegen, wie diese rückständigen Menschen 'befreit' und der Partei zugeführt werden können.

Da es an der Stelle so schön paßt, fügen wir hier unsere nächste grundsätzliche Kritik an der Kaderpolitik und der Massenarroganz bei.

„Im Allgemeinen ermöglicht dieses System (das Delegiertensystem), aus den breiten Massen schaffender Frauen intelligente, energische, entwicklungsfähige Kräfte hervorzuholen und zu schulen. (..) Das Wirken der Delegierten bildet Führerinnen für die wirtschaftlichen und politischen Klassenkämpfe des Proletariats heran, wertvolle Kräfte der kommunistischen Aufbauarbeit. (..) So ist das Delegiertensystem eine Hochschule zur Erziehung von Führerinnen des weiblichen Proletariats zum Kommunismus“.

Es geht also um Kader. - Und die werden geschult und diskutieren dann gemeinsam. Es geht um ein aufgeblähtes Konstrukt und weniger um die vielleicht nicht so „entwicklungsfähigen“, die weniger „intelligenten“ Menschen, oder gar um welche aus dem „**Gewalthaufen**“. Wer setzt denn solche Kriterien überhaupt fest, um Frauen oder Männer in der Form bewerten zu wollen?

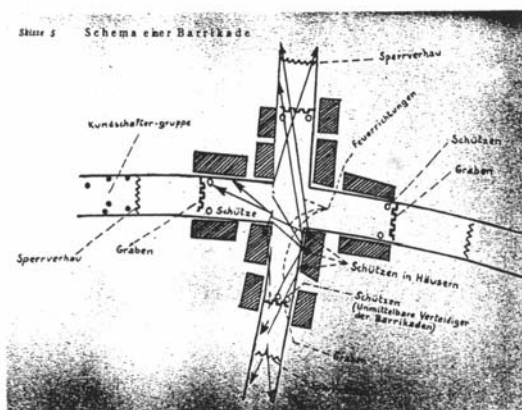
So entfernt sich die Partei mehr und mehr vom Alltagsgeschehen. Wieso kommt es dennoch zum Aufstand in Hamburg?

4. Der Aufstand

Die Hamburger Kommunisten schlagen am 23. Oktober 1923 morgens gegen 5 Uhr los. Sie überfallen 26 Polizeiwachen und versorgen sich in 17 von ihnen mit Waffen. Angeführt werden die Hamburger Kommunisten von einer „Kampfleitung“ des KPD-Bezirks Wasserkante, der Rudolf Hommes, Johannes von Borstel unter der Leitung von Ernst Thälmann angehören. Thälmann und Hommes sind Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft, von Borstel hat einen Nachrückerplatz auf der Landesliste der KPD in Hamburg. Bei der Kampfleitung handelt es sich um den ehemaligen Vorstand der KPD-Ortsgruppe Hamburg, deren Vorsitzender

Thälmann gewesen war. Der bewaffnete Aufstand, auf den sich die Kommunisten entsprechend der Einschätzung des Exekutiv-Komitees der kommunistischen Internationale¹⁰ (EKKI) vorbereitet haben, wird in Hamburg schon wenige Stunden nach seinem Beginn auf Befehl der Zentrale wieder abgebrochen.

Homes und von Borstel übten Parteigehorsam und brachen den Kampf ab¹¹; nicht dagegen Thälmann. Der „Aufstand“ wurde damit innerparteilich zu einem Aufstand Thälmanns gegen den Beschluß der Zentrale der KPD, den Kampf abzubrechen. Der Kampf erstreckte sich über drei Tage und forderte unmittelbar 88 Tote unter den Polizisten und Zivilisten. Von den Kommunisten wurden sechs Tote beklagt¹². Thälmanns bewaffneter Streich gegen den hamburgischen Staat ist insbesondere in der Berichterstattung und von den Zeitgenossen als „Putsch“ verstanden und bezeichnet worden. Die Kommunisten selbst prägten dafür das Schlagwort vom „Hamburger Aufstand“ oder vom „Roten Oktober“ und



Schema einer Barrikade³²⁶

Schema einer idealtypischen Barrikade, abgedruckt bei Alfred Neuberg (Hg.), Der bewaffnete Aufstand, Neuaufgabe, Frankfurt/M. 1971

meinten damit auch Thälmanns Parteiungehorsam, der ihm innerparteilich große Anerkennung einbrachte und seine weitere politische Karriere wesentlich förderte.

¹⁰ Inprekorr Nr. 22 v. 18.02.1924, S. 22.

¹¹ Heinz Habedank, Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923, Berlin (DDR) 1958, S. 133, 160.

¹² Die amtlich ermittelte Anzahl belief sich (lt. Denkschrift S. 39) bis 1927 auf 105 Tote, darunter 17 Polizisten und 202 Schwerverletzte, darunter 31 Polizisten. Die aufständischen Arbeiter Christian Stichling und Karl Pollak starben in Winterhude.

Die Begriffe „Putsch“ und „Aufstand“ werden in der Literatur nicht einheitlich verwandt. Als Putschisten werden im deutschen Sprachgebrauch Personen bezeichnet, die mit ihrem Vorhaben nicht erfolgreich waren. Das gilt für Hitler/Ludendorff genauso wie für Buchrucker oder den Landschaftsdirektor Kapp und den General Lüttwitz. Wesentliches Kennzeichen von Putschisten war, daß es sich um eine meist kleine Gruppe von Leuten handelte, die oft nicht Teil der Staatsgewalt war, aber schlagartig und planmäßig einen Umsturzversuch durchzuführen versuchte.

Politisch wird ein solcher Versuch auch als „Staatsstreich“ bezeichnet, während juristisch der Begriff „Hochverrat“ verwandt wird. Wesentliches Element eines Putsches ist die klar definierte politische Zielgröße, gegen die sich die Putschhandlung richtet sowie der plan- und zweckmäßige Einsatz der vorhandenen Mittel.

Der Begriff des „Aufstandes“ hat sich als klassisches Beispiel im Sprachgebrauch fest eingebürgert für den Spartakus-Aufstand der römischen Sklaven (73-71 v.u.Z.) und in neuerer Zeit für die Ereignisse in Kiel (1918), Warschau (1944), DDR (1953) oder Prag (1968). Je nach Dauer, Ausdehnung und politischem Standort wird in diesem Zusammenhang auch von einem „Volksaufstand“ gesprochen (DDR 1953, Ungarn 1956, ČSSR 1968).

Als wesentliches Element des Aufstandes kann die Spontaneität als auslösender Faktor und ein meist waffenloser Verlauf angesehen werden. Ein weiteres Element war die unklare politische Zielgröße, gegen die „aufgestanden“ wurde und auf die Aufständischen einwirken wollten. Aufstände verliefen daher meist ziellos und erschöpften sich, da ihnen eine klare Führung, entschlossenes Handeln wie auch eine entsprechende Zielstrebigkeit fehlte. Aufstände wurden daher leicht Opfer der politischen Reaktion. Biehl führt aus: „Im Gegensatz zum Putsch handelte es sich also bei einem Aufstand nicht um eine geplante, sondern um eine *spontane Unternehmung*“. Dennoch sprechen wir von „Aufstand“, da dem Begriff eine praktische Eigendynamik anhaftet und eine gewisse Isoliertheit des Hamburger Oktobers im Definitionssinne kaum abzustreiten ist. Seit den 1980ern hat sich der Begriff „Riot“ als Bezeichnung für sich scheinbar spontan entwickelnde Straßenkämpfe entwickelt¹³.

¹³ Vgl. Franz Mittermüller, Arbeitsdisziplin, Unruhen und Aufstände am steirischen Erzberg. Sozialprotest und -kriminalität in einer europäischen Montanlandschaft 1500-1800, Graz

Thälmann scheiterte mit seinem Putsch in Hamburg. Darin unterschied er sich nicht von anderen Putschisten Anfang der 20er Jahre. Er wurde wegen seines Putsches innerparteilich sehr erfolgreich, da er das durchführte, was andere Kommunisten nur beredet und beschworen hatten. Die Hamburger Ereignisse und ihre ausgiebige internationale Würdigung in den Gremien der Kommunistischen Internationale bewirkten in den Folgejahren, daß sich die Kommunistische Partei Deutschlands endgültig von ihrem „Sozialdemokratismus“ befreite und zur „marxistisch-leninistischen-Kampfpartei“ wandelte; sie ließ sich von angestellten „Berufsrevolutionären“ leiten, die parteiamtlich als „Sekretäre“ bezeichnet wurden. Finanziert wurde die Partei aus Rußland. Über diese - als „russische Wasserleitung“ verspottete Abhängigkeit - sicherten sich die Bolschewiki unter Lenin und Stalin ihren Einfluß. Als Thälmann, der seit März 1923 auf der Gehaltsliste der KPD stand, im August 1924 hochgehört von der V. Kommunistischen Internationale nach Hamburg zurückkehrte, hatte er sich auch in seinem Erscheinungsbild der kommenden Entwicklung angepaßt. Die Abteilung IV der Hamburger Zentralpolizeistelle, die die Aufgaben der 1918 abgeschafften „politischen Polizei“ weiterführte, hielt die Meldung eines Spitzels fest: „Thälmann ist jetzt glattrasiert und trägt Kneifer“¹⁴.

Nachdem ein Einmarsch der Reichswehr in Sachsen bevorstand, erhöhte sich die

2001. Mittermüller weist nach, dass Aufstand, Aufruhr, Sozialprotest, Unruhen und Widerstand bereits im Feudalstaat ein fester Bestandteil der Sozialgeschichte des Bergbaus darstellt. Der Begriff des Riots ist jedoch durchlässig in bezug auf rechtsextremen Mob (z.B. Rostock-Lichtenhagen 1993) und muss sorgfältig verwandt werden. Vgl. S. 27-29.

¹⁴ Vgl. Biehl. Thälmann war auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der vom 17. Juni bis 8. Juli 1924 in Moskau tagte, ins Tagungspräsidium und als Kandidat ins EKKI gewählt worden. Auf dem Kongreß wurde die ‚Bolschevisierung der Parteien‘ zur wichtigsten Aufgabe erklärt. Darunter verstand man den Umbau der Partei auf Betriebszellen und die bedingungslose Anerkennung der Führungsrolle der Sowjetunion und der Kominternführung. Faktisch begann damit die Anpassung der Theorie der KPD an den Bolschewismus. Praktisch verbunden war damit der Verlust, eine eigenständige Partei zu sein und fortan als Sektion, d.h. deutsche Agentur, der Komintern zu gelten.

Bereitschaft breiter Bevölkerungskreise, auf politische Herausforderungen politisch zu antworten; auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) konnte nicht länger umhin, ein deutliches Unmutszeichen zu setzen. Am Nachmittag des 22. Oktober 1923 trafen sich auf Einladung des Hamburger Vorsitzenden des ADGB-Ortsausschusses, John Ehrenteit, Vertreter der Parteien von VSP, USPD und KPD/KI im Hamburger Rathaus. Es sollten gemeinsame Aktionen besprochen werden. Vom Ortsausschuß des ADGB, der Spitzenorganisation der Hamburger Gewerkschaften, wurde vorgeschlagen, einen Demonstrationstreik durchzuführen; dieser sollte nicht örtlich begrenzt werden und in Absprache mit den Berliner Spitzenorganisationen erfolgen.

Ein politischer Demonstrationstreik, der nicht nur Hamburg, sondern auch die Provinz Schleswig-Holstein und große Gebiete der Provinz Hannover erfaßte, kam in seinen Auswirkungen den kommunistischen Vorstellungen von einem „Generalstreik“ ziemlich nahe. Ein Generalstreik sollte als Signal den „bewaffneten Aufstand“ einleiten. Eine „Aktionseinheit“ zwischen KPD/KI und den Betriebsräten war seit langem angestrebt worden und war erklärtes Zwischenziel zur Schaffung einer Massenbasis. In vielen Betrieben, in denen kommunistische Betriebsräte tätig waren, kam es nicht selten zu Forderungen aus der Belegschaft, einen Generalstreik zu beschließen. Für die KPD war aber ein Generalstreik gleichbedeutend mit einem „bewaffneten Aufstand“. Ein solcher sollte in die Tat umgesetzt werden, wenn ein reichsweiter Generalstreik eine breite politische Basis gefunden hatte. Eine generelle Zustimmung des EKKIs lag bereits vor, die Feinabstimmung sollte vor Ort in Deutschland mit dem EKKI-Vertreter (Karl Radek) erfolgen.

Die Bezirksleitung Wasserkante hatte daher noch am 17. Oktober 1923 strikte Anweisung gegeben, spontane Streiks, die ausbrechen sollten, auf wirtschaftliche Maßnahmen zu beschränken. Den Zeitpunkt des Losschlagens mußte die Partei letztlich selbst bestimmen: die Vorbereitungen des Abwehrkampfes sollten in zwei bis drei Wochen abgeschlossen sein, d.h. Ende Oktober, Anfang November 1923. Die Parteianweisung war eindeutig, und die kommunistischen Vertreter hätten einen Demonstrationstreik, der sich auf wirtschaftliche Forderungen beschränkte, politisch mit tragen können.

Dennoch schlug der KP-Funktionär Fritz Esser vor, der gleichfalls wie Ehrenteit und Walter Rühl Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft war, man sollte in einen „verschärften örtlichen

Generalstreik" eintreten, unter Einschluß der lebenswichtigen Betriebe.

Esser machte sich damit einen Beschluß der Werftarbeiterkonferenz vom Vortag zueigen. Diesen Beschluß hatten die Kommunisten entweder nicht verhindern wollen oder unterstützten ihn sogar in Erwartung eines analogen Beschlusses einer Betriebsrätekonferenz in Chemnitz vom gleichen Tage (21. Oktober). Einen Generalstreikbeschluß einer weitgehend kommunistisch orientierten Arbeiterschaft konnte die Partei kaum ignorieren, wenn sie weiterhin Einfluß ausüben wollte. Thälmann scheint sich auch als Vollstrecker dieses Generalstreikbeschlusses empfunden zu haben¹⁵. Der Vorschlag von Esser war auch eine verklausulierte Frage danach, ob der ADGB die Generalstreikforderung der Werftarbeiter würde übernehmen können. Denn damit war ein Stichwort gefallen, von dem anzunehmen war, daß insbesondere Gewerkschaften und Sozialdemokraten es nicht aufnehmen würden.

Ein Generalstreik richtete sich nach deren Verständnis nicht nur gegen den Reichspräsidenten und die Reichsregierung, sondern auch gegen die Bevölkerung. Während sich also ADGB und VSP aufgrund einer zu beschließenden Resolution empören wollten, sollte die Empörung jedoch nicht soweit gehen, die Grundlagen der Weimarer Republik zu erschüttern. Die Kommunisten behielten mit diesem Vorschlag ihre Handlungsfreiheit: sie zeigten ihre Gesprächsbereitschaft zur Durchführung gemeinsamer Aktionen mit den Gewerkschaften und anderen Parteien.

Zunächst wurde ein „verschärfter örtlicher Generalstreik“ von den anderen Teilnehmern abgelehnt. Aber die kommunistischen Vertreter hatten die vom ADGB eingeleitete Politik des Widerstandes „von unten“ politisch für sich entscheiden können und sich damit auch an die Spitze der herrschenden Vorstellungen gesetzt: nur ein Generalstreik und eine revolutionäre Änderung der Gesellschaftsordnung könnte die sich seit 1919 fortlaufend verschlechternden Lebensumstände verändern. Gewerkschaften

¹⁵ Thälmann 'Am gleichen Tage, wo der Chemnitzer Kongreß tagte (21. Oktober 1923) tagte eine Konferenz der Werftarbeiter in Hamburg. Die Werftarbeiterkonferenz erkannte klar die Lage und beschloß, den Generalstreik geschlossen an der gesamten norddeutschen Küste durchzuführen'. In: Inprekorr Nr. 82, S. 1014 ff.

und VSP mußten also, wenn sie nicht vollends ungläubwürdig werden wollten, ihre Situation noch einmal überdenken; die USPD nahm eine schwankende Haltung ein.

Als die KPD-Vertreter eine schriftliche Antwort der Bezirksleitung auf eine Resolution für den nächsten Morgen (23. Oktober) zusagten, trennte man sich. Die regionalen Parteileitungen sollten die Resolution beraten und es war zu sondieren, wie weiter verfahren werden sollte¹⁶.

Die Forderung nach einem „verschärften örtlichen Generalstreik“ alarmierte den vom Senat als Regierungskommissar eingesetzten Polizeiherrn Karl Hense noch während der Sitzung. Rühl berichtete von einem zufällig in der Kanzlei der Bürgerschaft im Rathaus nach der Besprechung am 22. Oktober mit gehörten Telefongespräch, das anscheinend mit dem Inhaber der vollziehenden Gewalt geführt wurde. Hense forderte die im Vorwege abgesprochenen Maßnahmen ein und bekam sie anscheinend auch zugesagt. Noch am gleichen Tag kam ein Verbot des Gen. v. Tschischwitz heraus, nach dem Arbeitsniederlegungen in lebenswichtigen Betrieben verboten wurden.

Als lebenswichtig galten die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität, Kohle; ferner alle Betriebe, die sich mit der Gewinnung und Beschaffung, mit dem Transport und der Verteilung von Lebensmitteln befaßten. Damit hatte Hense ganz offensichtlich die sich anbahnende Einheitsfront zwischen ADGB, VSP, USPD und KPD/KI durch eine politische Intrige ins Wanken gebracht.

Am Abend des 22. Oktobers unterrichteten die KPD-Vertreter Thälmann über den Verlauf der Besprechung und von dem Vorfall. Eine Beratung fand im Restaurant von Speicher, Grüner Deich 167, statt, wo nebenan im Ballhaus Speicher eine Versammlung der „revolutionären Schauerleute“ stattfand. Das Ergebnis war eindeutig: ganz offensichtlich hintertrieben in Hamburg führende Funktionäre der VSP die Aktivitäten der Gewerkschaften. Rühl telefonierte deshalb mit Ehrenteit und unterrichtete ihn über den Vorfall, er führte, wie Speicher bestätigte, das Gespräch aus dem Gastzimmer.

¹⁶ Lothar Danner, Ordnungspolizei Hamburg, Hamburg 1958, S. 72f., der die Resolution und die Antwort der KPD/KI wiedergibt.



1



2



3

80 Jahre danach:

Hier war ein Zentrum des Hamburger Aufstands. Und heute? Menschenunwürdige enge Wohnklos aus den 1950ern, ein funktionales neuzeitliches Postgebäude ohne Ausstrahlung in unwirtliche Umgebung hineingepfercht.

1: Ecke Volksdorfer Str./Vogelweide. 2: Volksdorfer Str., gesehen von der Hamburger Str. 3: Wohldorfer Str., ebenfalls gesehen von Hamburger Str. Quelle: Eigene Fotos aus März 2003.

Im Ballhaus Speicher wurden derweil von den „revolutionären Schauerleuten“, aus der gegebenen Situation politische Konsequenzen gezogen: Nachdem der aus Chemnitz zurückgekehrte August Fritz Finselberger

berichtete, daß die KPD-Zentrale den Generalstreik für den Fall des Einmarsches der Reichswehr in Sachsen zwar beschlossen hatte, aber auf der Wirtschaftskonferenz in Chemnitz kein entsprechender Beschluß zustande kam. - Es war nicht einmal ein Antrag gestellt worden, da der sächsische Minister Graupe (VSP) gedroht hatte, dann die Konferenz zu verlassen. Nun verlautete, daß die Reichswehr seit 21. Oktober „mit klingendem Spiel“ in Sachsen einmarschierte und am 22. Oktober Dresden besetzt hatte. Die revolutionäre Situation zum Losschlagen war herangereift, auf die die Kommunisten so lange gewartet hatten. Nachdem sogar der ADGB die Aktionseinheit mit der KPD/KI sondierte und Heinrich Freude dies der Versammlung mitgeteilt hatte, konnten die Befehle zum Losschlagen hinausgehen.

Die Versammlung im Ballhaus Speicher und die dortigen Abläufe wurden von der Staatsanwaltschaft vor Gericht allerdings nicht genügend aufgeklärt und wurden daher auch entsprechend bemängelt. Tatsächlich handelte es sich, wie Gundelach berichtete¹⁷, bei den Teilnehmern um KP-Distriktsleiter und Funktionäre des Ordnerdienstes.

Anscheinend interessierten Staatsanwaltschaft und Polizeibehörde die Umstände des Putsches und der Verlauf der Versammlung nicht sonderlich, sondern sie gingen anhand der aufgefundenen Rundschreiben und der Veröffentlichungen des EKKI davon aus, daß der Umsturzversuch eine Angelegenheit der KPD/KI sein müßte. Sie beachteten daher weder die in den Voruntersuchungen noch vor Gericht wiederholten Aussagen der führenden Funktionäre. Polizeibehörde und Staatsanwaltschaft hatten ganz offensichtlich bereits vor Beginn der Prozesse eine feste Vorstellung davon, wie es abgelaufen sein mußte, es galt nur noch, „die Verantwortlichen“ zu verurteilen¹⁸.

Als „Berufsrevolutionär“ bekannte sich Hugo Urbahns ohne Umschweife zu seiner Verantwortung als Politsekretär der Bezirksleitung Wasserkante. Für die

¹⁷ Gustav Gundelach, Mit Ernst Thälmann zusammen, in: Deutschlands unsterblicher Sohn Erinnerungen an Ernst Thälmann, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (DDR) 1961, S. 63.

¹⁸ Staatsanwaltschaft und Polizeibehörde informieren über die Pressestelle des Senats unablässig über die bei den Verhaftungen aufgefundenen Rundschreiben des Bezirks Wasserkante, der KPD-Zentrale oder der KI Auszüge werden auch in der Bürgerschaft verlesen.

Staatsanwaltschaft und das Gericht bestand allerdings ein Problem der Urbahns unterstellten Verantwortung für den Hochverrat darin, daß Urbahns zwischen dem 21. und dem 23. Oktober 1923 nachweislich nicht in Hamburg war. Am 22. Oktober befand er sich auf der Rückreise von Chemnitz und Dresden über Berlin nach Hamburg. Nachdem er am Morgen des 23. Oktober um 00.41 Uhr in Hamburg eingetroffen war, hatte er sich nach Hause begeben und ins Bett gelegt - was den Staatsanwalt Reuter zu der merkwürdigen Feststellung veranlaßte, Urbahns sei nur politischer Leiter und habe, weil alles in Gang gesetzt sei, nichts zu tun, könne ruhig nach Hause gehen und müsse nur den Erfolg abwarten.

Urbahns stellte aber in den Voruntersuchungen und auch im Prozeß gegen ihn wiederholt heftig in Abrede, daß der „Putschversuch“ weder von ihm noch von der Partei eingeleitet oder beschlossen worden sei; er zog zweifelsohne aus der Beschlußlage des EKKIs, der KPD-Zentrale sowie der in Dresden und Berlin erlangten Information über die Haltung der KPD nach dem Kongreß in Chemnitz richtige und entsprechende Schlußfolgerungen.

Dagegen hatte sich Thälmann bereits im Juli 1924 öffentlich zum Alleingang der Hamburger KPD-Ortsgruppe bekannt¹⁹ Auch Rühl wies schon in der Voruntersuchung darauf hin, daß die Versammlung bei Speicher keine allgemeine Parteiversammlung war²⁰. Der Versammlungsraum bei Speicher war durch Johannes von Borstel, dem ehemaligen KP-Organisationsleiter der Ortsgruppe, telefonisch als geschlossene

¹⁹ Thälmann, Inprekorr, Nr. 82, v. 7. Juli 1924, S. 1013: 'In Hamburg haben wir trotz der Stärke der Sozialdemokratie den Generalstreik durchgeführt, während in Sachsen, auf das die ganze Politik der Zentrale eingestellt war, der Generalstreik abgelehnt wurde'.

²⁰ Die Aussage Rühls in der Voruntersuchung ist der bislang einzige und zeitlich früheste, direkte Beweis, daß Thälmann während der Kämpfe überhaupt in Hamburg war. Anscheinend aus prozesstaktischen Gründen verweigerte Rühl vor Gericht die Aussage über das Treffen in Speichers Gaststätte und die offensichtlich dort konzipierte 'Antwort' des KPD-Bezirks auf die Resolution des ADGB, die Rühl am nächsten Vormittag Ehrenteit in den Briefkasten steckte, nachdem die Kämpfe begonnen hatten und Rühl vorsorglich noch die Unterschriften von der Antwort abgetrennt hatte.

Mitgliederversammlung der „revolutionären Schauerleute“ angemietet worden²¹. Speicher, der keiner Partei angehörte und seine Lokalitäten auch an andere Parteien vermietete, sah keinen Anlaß, eine nichtöffentliche Versammlung der Polizei anzuzeigen. Im Prozeß sagte er aus, daß er sich daher auch nicht wunderte, daß der Eingang zum Saal scharf kontrolliert wurde und Zutritt mir mit Ausweis erfolgte. Auch seien Radfahrer angekommen und wieder weggefahren, nachdem sie sich anscheinend Instruktionen geholt hätten. Zeitweise hätten sogar Posten vor seiner Gaststätte gestanden, die unmittelbar neben dem Eingang zum Ballsaal lag, was er sich dann auch mit Erfolg verbeten hätte, weil lediglich der Saal gemietet worden war. An der Versammlung hätten etwa 200 bis 300 Personen teilgenommen.

Später gehörte es zur Verteidigungstaktik vor Gericht, die Beteiligung Thälmanns am Putsch herunterzuspielen: Rühl verweigerte die Aussage über das Treffen mit Thälmann bei Speicher und darüber, wer alles die „Antwort der KPD“ auf die ADGB-Resolution unterschrieben hatte. Ähnlich verfuhr Urbahns, der aussagte, er hätte Thälmann weder am 23. noch am 24. Oktober „getroffen“ - was naturgemäß nicht ausschloß, daß er mit ihm „in Verbindung“ gestanden haben könnte. Unterstützt wurde diese Taktik durch das Verhalten von Ehrenteit und Hense, die das Telefongespräch, das Rühl mitgehört haben will, rundweg abstritten.

Am 22. Oktober 1923 erschien bereits gegen 18.00 Uhr im 20 Kilometer entfernten schleswig-holsteinischen Ahrensburg als Kurier der in Hamburg gebildeten Aufstandsleitung²², Arthur Ludwig, und unterrichtete die lokale KPD-Organisation davon, daß um Mitternacht der

²¹ Als Organisationseinheit wurde die Eigenständigkeit der KPD-Ortsgruppe Hamburg am 26. August 1923 vom Bezirksparteitag aufgehoben. Anscheinend traten alle im Juli 1923 gewählten Vorstandsmitglieder in die Bezirksleitung ein, Die Ressortverteilung ist nicht bekannt geworden. - Die Reorganisation fällt zeitlich zusammen mit dem Aufbau der militärisch organisierten 'proletarischen Hundertschaften' und den von den MP-Oberleitern (M=Militär) ausgearbeiteten Aufstandsplanen (dazu insbesondere Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, S. 453f, Biehl, S. 45ff).

²² Ernst Thälmann, Rudolf Hommes, Philipp Dengel. - Bei den Ortsnamen wird der 1923 gültigen Schreibweise gefolgt.

Generalaufstand ausbrechen würde. Die Aufgabe der Ortsgruppe bestände darin, die nach Hamburg führende Bahnstrecke und Anmarschstraßen zu sperren, um den Zuzug auswärtigen Militärs nach Hamburg unmöglich zu machen oder wenigstens zu erschweren. Der Kurier, der bei Habedank als „Kommissar“²³ bezeichnet wurde, begab sich dann weiter nach Bargteheide. Dieser in nordöstlicher Richtung entsandte Kurier war zuvor in Altrahlstedt und Tonndorf-Lohe gewesen und hatte seinen Auftrag von einem Mitglied der Bezirksleitung, dem Redakteur der Hamburger Volkszeitung, Philipp Dengel²⁴, in einer Barmbeker Gastwirtschaft, vermutlich bei Karl Köppen in der Nachtigallenstraße, erhalten.

Bei Köppen, der aktives Mitglied der KPD war, ein „Parteilokal“ betrieb und die Funktion eines Distriktskassierers in Barmbek ausübte, fand am frühen Abend des 22. eine „Frauenversammlung“ statt, um die auf offener Straße stattfindende Funktionärsversammlung des Barmbeker Ordnungsdienstes zu decken²⁵. In Barmbek wurde von Dengel folgender Befehl ausgegeben:

„Diese Nacht fängt es in Deutschland an zu brennen. Die Ortsgruppen sind verpflichtet, sich in Besitz des Ortes zu setzen. Da militärische Anmärsche vermutet werden, sind die Zugangsstraßen durch Aufreißen und Fällen von Bäumen zu sperren. Die zu erwartenden Militärzüge sind durch Aufreißen der Eisenbahnschienen aufzuhalten.“

Weitere Kuriere erschienen in anderen Stadtteilen, den Außenbezirken und Vororten Hamburgs, im preußischen Altona, Wandsbek und Schiffbek. In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober fanden in Hamburg mehrere Versammlungen von kommunistischen Ortsgruppen statt, die gemäß eines „Parteibefehls“ aktiv wurden.

Als Zeitpunkt des gemeinsamen Losschlagens war anscheinend der 23. Oktober 1923 gegen

²³ Habedank, S. 109.

²⁴ Philipp Dengel wurde am 15. Dezember 1888 in Ober-Ingelheim geboren, war von Beruf Redakteur und gehörte später wie Thälmann zu den ‚kominterntreuen Kommunisten‘, d.h. Parteigängern Stalins. Er kam im Oktober 1923 als Parteibeamter zum Bezirk Wasserkante, ab 1924 war er Mitglied des Reichstages, ab Juli 1925 Mitglied des ZK.

²⁵ Im Prozeß konnte Köppen daher später behaupten, die vor seinem Lokal stehenden Männer wären gekommen, um ihre Frauen abzuholen.

5 Uhr ausgegeben worden. Zumindes ist auffallend, daß die meisten Polizeiwachen um fünf Uhr oder kurz danach angegriffen wurden. Bereits um 5.05 Uhr verbreitete die zuständige Abteilung IV der Ordnungspolizei aus dem Stadtbaus eine Depesche „an alle Wachen“ mit dem Text: „Erhöhte Alarmbereitschaft, da einzelne Wachen angegriffen worden sind. Die Wachen eindrahten“. Und nur sieben Minuten später erfolgte der Befehl: „Großalarm. Alle Beamten sofort zum Dienst“.

Die angegriffenen Wachen hatten insgesamt eine schwache Verteidigungsposition: die Polizeibehörde hatte am Vormittag des 22. Oktobers die Alarmbereitschaft der Vortage aufgehoben, so daß sich in den Wachen nur die sogenannte Wachbesetzung befand. Die Wachbesetzung lag je nach Größe des Einzugsgebietes bei fünf bis sieben Mann; davon waren die meisten entweder einzeln oder zu zweit im Außendienst auf Streifengang, so daß sich häufig nur ein oder zwei Polizisten „an Wache“ befanden. Obgleich mehrere Wachen Posten aufgestellt hatten, gelang es nur wenigen Wachen, sich zu verteidigen und die herannahenden Trupps rechtzeitig zu bemerken. Da ab 4.30 Uhr der Hochbahnverkehr verstärkt einsetzte und bereits die ersten Menschen zur Arbeit gingen, fielen kleine Gruppen auch nicht auf, wenn sie auf der Straße oder dem Fußweg waren. Viele Posten wurden sich der Gefahr erst bewußt, als die Stoßtrupps unmittelbar vor ihnen standen und an Verteidigung nicht mehr gedacht werden konnte. So kam es, daß sich die Kommunisten in 17 der überfallenen 26 Wachen und Polizeiposten mit Waffen versorgen konnten. Meist handelte es sich um Dienstpistolen, die den Polizisten abgenommen wurden, sowie um 10 bis 15 Gewehre, die für besondere Zwecke und pro Wache in den Wachen lagerten, aber nicht schußbereit waren; die Gewehre, die Schösser und die Munition wurden vorschriftsgemäß getrennt gelagert und waren eingeschlossen. Zugang zu den einzelnen Schränken und Pulten hatte jeweils nur der Revierführer - was sich für eine schnelle Verteidigung der Wachen als sehr nachteilig herausstellen sollte; denn um die Gewehre schußbereit zu machen, mußte nicht selten vom Keller in den ersten Stock gelaufen werden, um die Einzelteile und die Munition zusammenzutragen und die jeweiligen Schösser in die Gewehre einzupassen. An einigen Wachen mußte der im Haus wohnende Revierführer auch erst noch geweckt werden, um den Schlüssel herauszugeben. An einer Wache war auch nicht bekannt, wo die Munition gelagert wurde.

Nur wenn die Wachen Posten aufgestellt hatten und sich auch sonst vorbereiten

konnten, gelang es ihnen, Überfälle abzuwehren. An einigen Wachen merkte man auch, daß bewaffnete Trupps herannahten, wenn diese sich zuvor woanders mit Waffen versorgt hatten.

Die meisten Wachen, an denen die kommunistischen Stoßtrupps erfolgreich waren, wurden nahezu blitzartig und mit großem Geschick überfallen, wobei die Arglosigkeit der aufgestellten Polizeiposten zur Überrumpelung ausgenutzt wurde. So stürmten beim Überfall auf die an der Hornerlandstraße gelegene Polizeiwache (PW) 27 etwa 10 Mann hinter einem langsam fahrenden Straßenbahnwagen hervor und stürzten sich so schnell auf die beiden vor der Wache stehenden Beamten, daß diese weder von ihrer Waffe Gebrauch machen noch die Besatzung der Wache alarmieren konnten. Gleichzeitig stürmte ein weiterer Trupp von einer Seitenstraße aus in die Wache und entwaffnete die Besatzung. Oder die Stoßtrupps gingen wie harmlose Arbeiter einzeln am Posten der PW 28 vorbei, machten plötzlich kehrt und überfielen ihn.

In einigen Gebieten hielten sich die Stoßtrupps anscheinend nicht an die ausgegebene Order, sich in den Wachen mit Kampfmitteln/Waffen zu versorgen, sondern sie überfielen auch auf Streife gehende Polizisten hinterrücks; schossen oder stachen diese nieder und entwaffneten sie, wie z.B. im Eimsbüttel, nahe der Wache 42 oder in Barmbek, nahe der Wache 32.

Die Polizeiwachen waren personell auch dadurch geschwächt worden, da ihnen am 22. Oktober gegen 22 Uhr angekündigt worden war, daß ihnen in der Nacht zum 23. öffentliche Bekanntmachungen zugestellt würden, die sie per Maueranschlag bis 4.30 Uhr am 23. Oktober anzubringen hätten. Viele Polizisten waren daher morgens mit dem Kleistertopf unterwegs gewesen, um die Bekanntmachungen anzukleben oder befanden sich auf dem Rückweg von der Klebetour zur Wache. Ferner erwartete die Polizeibehörde anscheinend, daß es ausschließlich zu einer Störung der Verkehrsmittel und zu Versuchen einer Stilllegung kommen würde. So hatte sie den Wachen lediglich eine „erhöhte Aufmerksamkeit“ befohlen²⁶.

²⁶ Die Depesche vom 22. Oktober 21.52 Uhr lautete: 'An alle Wachen. Morgenfrüh ist mit Versuchen der Stilllegung der Verkehrsmittel zu rechnen. Straßen- und Hochbahnhöfe überwachen; den zu den Arbeitsstätten gehenden Personen ist weitgehendster

Polizeiwachen, in deren Zuständigkeitsbereich Straßenbahn-, Hochbahnhöfe und -stationen lagen, hatten daher meist eine Reihe von Beamten zur Überwachung dieser neuralgischen Punkte entsandt. Der Befehl, „besondere Aufmerksamkeit auf alle Straßen- und Hochbahnhöfe zu richten“, wurde am 23. Oktober morgens um 3.25 Uhr wiederholt und den Wachen eingeschärft. Andererseits sollten die Beamten auch eifrigst nach Plakatklebern fahnden und Plakate, die zur Arbeitsniederlegung aufforderten, sofort entfernen.

Anscheinend fühlte sich die Polizeiführung in ihrer Lageeinschätzung bestätigt, nachdem in der Nacht vom 22. zum 23. Oktober die Schienen zwischen Ahrensburg und Rahlstedt aufgerissen und Straßen durch Fällen von Bäumen unpassierbar gemacht worden waren.

27

Grafik bei www.stadtplandienst.de ©

Die Polizeiführung war anscheinend überrascht, als gegen 5 Uhr die Wachen angegriffen wurden; obgleich es an Hinweisen auf umtriebige Personen nicht gefehlt hatte: Bereits am Abend des 22. Oktobers erstattete gegen 22 Uhr ein Wandsbeker Landjägermeister Anzeige über starke Zusammenrottungen hinter Wandsbek. Auf einer Wache im Stadtteil St. Georg erschien gegen 23.45 Uhr ein Mann, der offensichtlich aufgrund einer Namensverwechslung einen Einsatzbefehl erhalten hatte und zeigte dies an. Es lagen auch Meldungen vor, wonach „man zu einem Kampf übergehen wollte“. Das Unterbrechen des Eisenbahnverkehrs wie auch das Sperren von Straßen zwischen Ahrensburg und Rahlstedt wurde als

Schutz gegen Gewalttätigkeiten zu gewähren. Hetzer und Aufwiegler festnehmen. Im Nachtdienst Beamte und Wachen erhöhte Aufmerksamkeit, Hauptbüro bleibt geöffnet. Abteilung IV. LA. Peters`.
Schreibfehler im Original.

²⁷ August 2006: Drei Grafiken haben wir herausgenommen wegen einer juristischen Auseinandersetzung. Der Aufstand in Winterhude. Grafik 1: die Krugkoppelbrücke. Grafik 2: Örtlichkeit einer Fabrikbeschlagnahme am Goldbekplatz. Grafik 3: Schauplatz der Besetzung der damaligen Polizeiwache 41 Ecke Grasweg/Barmbeker Str. Insgesamt eine Hundertschaft mit drei oder vier Gruppen und etwa 120 Aufständischen war in Winterhude im Einsatz. Sie wurde am 23.10. gegen Mittag nach Barmbek verlegt.

Lageeinschätzung nicht an die Wachen weitergegeben. Von den Ereignissen bei Ahrensburg erfuhren einige Wachen durch Privatpersonen und schätzen diese „Meldungen“ als Gerüchte ein.

Lothar Danner, der am 23. Oktober 1923 seinen ersten Tag als Chef der Ordnungspolizei antrat, sagte später vor Gericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit aus, daß er wegen der Sinnlosigkeit an das „Losgehen“ einer Aktion in Hamburg nicht geglaubt hatte, obwohl das Aufreißen der Schienen ein erster Hinweis hätte sein müssen.

Der Polizeiherr Karl Hense schließlich vertraut der Öffentlichkeit an, das Schlimmste sei gewesen, daß die Kommunisten ihren Putsch mit solcher Heimlichkeit vorbereiten konnten²⁸.

Aufgrund der in den Ortsgruppen eintreffenden Parteibefehle wurden eilig die verfügbaren Mitglieder des Ordnerdienstes oder - wo diese wie in Schiffbek schon bestanden - die „proletarischen Hundertschaften“ alarmiert. In kurzen Ansprachen zur „Ausrufung des Generalstreiks“ erläuterten die Vorsitzenden der lokalen Ortsgruppen den Befehl, bildeten Stoßtrupps und wiesen ihnen die Aufgaben zu. In Altrahlstedt und Tonndorf-Lohe konnten etwa 60 Mann zusammengerufen werden; in Ahrensburg 27, eine größere Zahl zwischen 30 und 50 Mann in Bargtheide.

Im Hamburger Stadtteil Barmbek war Hans Kippenberger in Abwesenheit zum militärischen Kampfleiter von Barmbek, Uhlenhorst und Winterhude bestimmt worden²⁹. Wegen seiner mehrmonatigen Absetzung war er weder über die Vorbereitungen, den Zustand der Kampforganisation informiert, noch wusste er über die Kräfte der Polizei, gegen die er antreten sollte, Bescheid. So versuchte Kippenberger in der Versammlung der „Arbeiterinnen“ bei Köppen eine Verbindung mit der Barmbeker Kampforganisation herzustellen und diese zu einer Sitzung um 23 Uhr zusammenzuholen.

²⁸ Hermann Remmele, Um den proletarischen Machtkampf in Deutschland, in: Die Kommunistische Internationale Nr. 31-32, Hamburg 1924, S. 159. Larissa Reissner, Hamburg auf den Barrikaden, Hamburg 1984, S. 30.

²⁹ Neuberg, Alfred (richtig: Hans Kippenberger) u.a., Der bewaffnete Aufstand; eingeleitet von Erich Wollenberg, Frankfurt/M 1971, S. 77, S. Wollenberg, VI; Walter Zeuschel, Im Dienst der kommunistischen Terrororganisation, Berlin 1931, S. 17.

Die Sitzung der Polit-Sekretäre, an der auch Thälmann, Köppen als Sekretär der Barmbeker Stadtteilorganisation und Johannes von Borstel als Sekretär der Hamburger Parteileitung teilnahmen³⁰, fand in einer Wohnung am Holsteinischen Kamp statt. Von Borstel, Kippenberger und Köppen wohnten in Barmbeker Aufstandsgebiet und waren mit den Örtlichkeiten vertraut; sie bildeten die lokale Aufstandsleitung.

In der Besprechung wurde offenbart, daß man in Barmbek nur über „ungefähr 19 Gewehre und 27 Revolver“ verfügte. Es wurde von Kippenberger vorgeschlagen, zunächst die Polizeikaserne in Wandsbek zu überfallen, um sich dort mit Waffen zu versorgen³¹, doch dieser Alternativplan wurde von der Hamburger Aufstandsleitung (Thälmann, Hommes, Dengel) abgelehnt. Kippenberger versuchte dann, ein schweres Maschinengewehr aus Bergedorf für den Kampf auszuleihen; dies wurde den Kurieren jedoch „mißtrauisch“ verweigert. Die Bergedorfer entsandten stattdessen eine Gruppe pistolenbewaffneter Radfahrer. Auf dem Rückweg aus dem 30 Kilometer entfernten Bergedorf machten die Barmbeker Kuriere in Schiffbek halt und informierten die dortige Parteileitung vom Losschlagen in Hamburg, worauf die Vorbereitungen auch hier anließen³².

Die geringe Bewaffnung führte in Barmbek zur Absprache unter den Stoßtruppführern, die Waffenfrage zunächst nicht anzusprechen. Daß man sich die Gewehre für den Putsch erst noch von der Polizei holen mußte, wollte man erst sagen, wenn insbesondere die Jüngeren entsprechend motiviert worden wären. Die Motivierung indes gelang nicht vollends: nach dem Abmarsch von der Sammelstelle „hinter den Irrenanstalten“ zu den Polizeiwachen, „macht sich ungefähr ein Drittel der versammelten Leute aus dem Staub“³³. Zwei Stoßtrupps gelangten überhaupt nicht ans Ziel, die Wache Mundsburg am Eingang zum Stadtteil Barmbek wurde deshalb auch nicht angegriffen. Nach dem Überfall auf die Wachen versammelten sich etwa 130 mit Gewehren und Revolvern bewaffnete Stoßtruppler wieder an der Sammelstelle.

³⁰ Kippenberger (S. 79) nennt nur die Funktionen, während Habledank (S. 160) auch die Namen nennt.

³¹ Nach Kippenberger (S. 81) waren dort rund 600 Mann Schutzpolizei und 6 Panzerautos stationiert.

³² Fritz (Fiete) Schulze war in Schiffbek militärischer Fahrer, der nach dem Putsch Parteisekretär wurde.

³³ Kippenberger, S. 82; Zeuschel, S. 19f.

Unter den erbeuteten Waffen befanden sich auch drei leichte Maschinengewehre, deren Bedienung gefangene Schupoleute erklären mussten³⁴. Mit Beginn des Losschlagens hatten die Barmbeker keine Verbindung mehr mit der Hamburger Aufstandsleitung³⁵.

Thälmann hielt sich außerhalb der Kampfgebiete „weit vom Schuss³⁶ in Hammerbrook“ auf³⁷ und hatte seinen beweglichen Verbindungsapparat direkt unter freiem Himmel in einem der öffentlichen Parks eingerichtet³⁸.

Als sich bei Tagesanbruch das Kampfgebiet in Barmbek abzeichnete, wurde der Befehl gegeben, Barrikaden zu bauen. Diese entstanden unter Mitwirkung der Bewohner anliegender Straßen mit unglaublicher Schnelligkeit, da die Kämpfer den Bewohnern gedroht hatten, falls sie kein Material heran schlepten, ihre Möbel auf die Straße geworfen würden. Ein unbeteiligter Beobachter stoppte für den Bau einer Barrikade neun Minuten³⁹. Letztlich waren in Barmbek über 70 Barrikaden errichtet, davon allein 56 im unmittelbaren Aufstandsgebiet. Mit dem Übergang zum Bau von Barrikaden erhielt der „bewaffnete Aufstand“ militärisch eine andere Qualität: es wurde vom Kampf zur Verteidigung übergegangen.

Nach dem Überfall wurden die Wachen wieder verlassen. Lediglich in Eimsbüttel wurde die Wache 42 (Müggenkampstr.) besetzt gehalten und gegen die vorrückende Schutzpolizei (Schupo) heftig verteidigt. Im preußischen Altona, das organisatorisch zum KP-Bezirk Groß-Hamburg gehörte, war der militärische Leiter gleichfalls erst kurz vor seinem Einsatz ernannt worden und hatte die eingeübten Aktionspläne umgestoßen. Wegen fehlender Waffen verbreitete sich im Ordnerdienst eine „Alarmstimmung“, aus der heraus man letztlich versuchte die Wache in Ottensen zu stürmen⁴⁰.

In den nördlichen Hamburger Vororten Hummelsbüttel, Wellingsbüttel und Sasel kam es am 22. gleichfalls zu Versammlungen, Straßensperren und -posten. Im Verlaufe des 23. kam es in Wellingsbüttel und Sasel zur „Aktionseinheit“ mit der lokalen VSP-Organisation: sie beteiligte sich an den Maßnahmen. Aus diesen Gebieten zogen die Putschisten nach Sasel und Poppenbüttel,

erzwangen in Wellingsbüttel die Stilllegung der Vorortsbahn Ohlsdorf-Poppenbüttel und überfielen in Langenhorn einen Polizeiposten. Nach Aufforderung aus Barmbek wurden etwa 200 Personen als Hilfsmannschaft entsandt. In Harburg⁴¹ kam es im Verlauf der Hamburger Ereignisse zur Bildung eines „Aktionsausschusses“, der den „Generalstreik“ durchführte.

Es wurden Barrikaden mit geraubten großen Blockwagen gebaut und Angriffe auf die nur schwach besetzte Rathauswache durchgeführt. Beim Einsatz der Wache entstand eine Schießerei, die zwei Todesopfer und neun Verletzte forderte. Während der Nacht kam es zu Bandenbildungen, Plünderungen von Lebensmittel und Waffenläden; Polizeiposten wurden beschossen. Festgenommen wurden etwa 80 Personen. Das „Ergebnis des Wilhelmsburger Beitrags“⁴² zum Hamburger Putsch waren ein Toter, mehrere leicht Verwundete und ein Schwerverletzter, „der durch einen Kopfschuß halbseitig gelähmt, 48 Jahre von Wohlfahrtsunterstützung gelebt hat“⁴³.

Im westlich von Hamburg gelegenen Bergedorf und Geesthacht kam es zu kleineren Aufläufen, nachdem die dortigen Parteiaktivisten mit etwa 150 Personen nach Schiffbek als Hilfsmannschaft abgerückt waren. Wiederholt finden „bedrohliche Zusammenrottungen“ statt, und die Polizei sieht sich genötigt, „mit der blanken Waffe“ und Gummiknüppel vorzugehen. Nachdem Danner am 24. Oktober gegen 17 Uhr mit 120 Beamten, die mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, eintraf, wurde mit „vereinten Kräften gegen den Mob vorgegangen“⁴⁴. Das Vorgehen forderte „etwa zehn Schwerverletzte“; etwa 70 Verhaftete wurden von der Polizei nach Hamburg mitgenommen; ein „Aktionsausschuß der Schiffbeker Kommunistenführer“ in Stärke von fünf Mann wurde am 25. abends in Curslack von der Bergedorfer Polizei festgenommen.

In Lägerdorf bei Itzehoe kam es am 23. zu einem längeren Feuergefecht mit der Landjägerie, in dessen Verlauf auch Militär eingesetzt wurde. Kommunistische Agitatoren hatten die Auszahlung des Arbeitslosengeldes

³⁴ Kippenberger, ebd., Hartenstein, S. 64.

³⁵ Kippenberger, S. 85.

³⁶ Zeuschel, S. 25.

³⁷ Gundlach, S. 63, Habedank, S. 192.

³⁸ Reissner 2, S. 39.

³⁹ Hartenstein, S. 53.

⁴⁰ Kippenberger, S. 85f

⁴¹ Hamburgischer Correspondent Nr. 500 v. 26.10.23.

⁴² Kommunistischer Bund Westdeutschland - Ortsgruppe Hamburg (Hg.), Der 50. Jahrestag, Hamburg 1973, S. 13.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Hamburgischer Correspondent Nr. 500 v. 26.10.23.

zum Anlaß genommen, eine größere Summe als die ausbezahlte zu fordern. Mehrere Tote, darunter eine Frau, blieben zurück.

In Kiel kam es erst am 24. zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen ein Arbeiter getötet, 20 Personen verletzt und 74 Personen festgenommen wurden. Während in Lübeck die Kommunisten am gleichen Tage in den größeren Werken eine Arbeitseinstellung erzwangen und es in den Straßen „sehr lebhaft“ zuging, erzwang ein aufziehendes Gewitter, das starke Regenfälle brachte, daß sich die Straßen leerten. In Bargteheide kam es dagegen zum Einsatz von Reichswehrtruppen aus Lübeck, die 25 Verhaftungen vornahmen und einen großen Teil der von der Bürgerwehr „requirierten“ Waffen wieder beschaffen konnte.

In Bremen kam es lediglich zu einem „Sympathiestreik für Hamburg“ unter den Schauerleuten; die Belegschaften der Werften streikten; „Kommunistenführer“ wurden auch hier in Haft genommen.

In der preußischen Gemeinde Schiffbek wurde dagegen planmäßiger vorgegangen: Nachdem das Polizeiamt um 5.45 Uhr besetzt worden war, wurde zunächst das Spritzenhaus als Gefängnis eingerichtet. Der erste Gefangene der Schiffbeker Kommunisten war der Gemeindediener. Sodann wurden Schule und Postamt besetzt. Bei der Besetzung der Schule leistete der Schuldiener Widerstand und vertrieb die Eindringlinge durch Schüsse. Darauf kam es zu einer regelrechten Beschießung der Wohnung des Schuldieners. Erst durch einen Trick gelang es, daß die Schultür von innen geöffnet wurde und „Fiete“ Schulze, dem später der Name „der rote General“ beigelegt wurde, konnte den Schuldiener festsetzen. Dann begann man auch hier, die Wohnungen von Polizeibeamten und Privatleuten nach Waffen zu durchsuchen und sie einzusammeln. Eine auf Hamburger Gebiet liegende Polizeiwache, die Wache Billbrook, wurde von den Schiffbekern überfallen und entwapnet.

Am Vormittag hatte sich ein „provisorischer Vollzugsausschuß“ aus fünf Personen gebildet, der sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung wandte und ihn an die Hauswände kleben ließ: Die Schiffbeker wurden darüber unterrichtet, daß in großen Teilen Deutschlands die Macht in den Händen der Arbeiter läge; und aufgefordert, Schuß-, Stoß- und Hiebaffen und Munition abzuliefern. Plünderern wurde die Todesstrafe angedroht; die Versorgung der werktätigen Bevölkerung mit allen Mitteln wurde zugesagt; die „Arbeitsbrüder“ wurden aufgefordert, das

Errungene zu verteidigen und auszubauen, Die wehrfähigen Arbeiter wurden ermuntert, sich für den „proletarischen Selbstschutz“ zu melden. Der Aufruf schloß mit den Wünschen, daß „Sowjetdeutschland“, die „Sowjetstaaten der Welt“ und die „Weltrevolution“ leben möge. Das Leben normalisierte sich: die Schiffbeker Zeitung konnte erscheinen; nach Prüfung ihres Inhalts. Dann begann man, Schützengräben auszuheben und Barrikaden zu bauen.

Die „Rückeroberung“ der Wache 42, des Aufstandsgebietes in Barmbek sowie die „Befreiung“ Schiffbeks begann umgehend und wurde in Berichten und später auch in Büchern beschrieben⁴⁵.

Die Hamburger Polizei wurde dabei von einem Flugzeug unterstützt, das sowohl vom Barmbeker Aufstandsgebiet wie auch von Schiffbek Luftaufnahmen machte⁴⁶, die hinsichtlich der errichteten Barrikaden und Sperren ausgewertet wurden. Ferner erschien am Abend des 23. Oktober der Kreuzer „Hamburg“ und eine Torpedo-Halbflottille der Reichsmarine zur Sicherung des Hamburger Hafens. Noch in der Nacht wurde eine 30 Mann starke Maschinengewehrabteilung, die aus zwei schweren und sechs leichten Maschinengewehren bestand, an Land gebracht und nach Barmbek verlegt und später auch in Schiffbek eingesetzt⁴⁷.

Als sich gegen Mittag des 23. Oktober abzeichnete, daß der Kampf im Hamburger Stadtgebiet keine Unterstützung erfuhr und sich die KPD-Zentrale nicht in einen bewaffneten Aufstand ziehen ließ, hatte sich die militärische Lage für die Kommunisten schlagartig geändert: An allen drei Stellen, an denen sie nennenswerte Erfolge errungen hatten und sich behaupten konnten, waren sie jetzt plötzlich eingeschlossen. Die Wache 42 und die anliegenden Straßen, der Teil des Hamburger Stadtteils Barmbek, der sich auf wenige Straßenzüge erstreckte und in Schiffbek, das in dieser Zeit ein preußisches Straßendorf war.

⁴⁵ Wilhelm Hartenstein, Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei inneren Unruhen, Chartottenburg 1926. Lothar Danner, Die Polizei, Zeitschrift für das gesamte Polizei- und Kriminalwesen Nr. 20, 20. Jg. Berlin 1924, S. 333f. u. 353f. Kronenberger, Polizeitaktische Betrachtungen, in: Die Polizei Nr. 13, 8. 355ff. und 388ff. sowie 419ff. Boldt (S. 96) spricht von *neun* erfolgreich überfallenen Polizeiwachen.

⁴⁶ Danner, S. 81.

⁴⁷ Bergedorfer Zeitung vom 31. Oktober 1923.

Für die Polizei war es ein Leichtes, die Gebiete abzuriegeln und generalstabsmäßig in sie einzudringen. Mit der Entsetzung der Wache 42 in Eimsbüttel wurde der Polizeimajor von Arnim gegen 8 Uhr beauftragt; ihm gelang es unter Einsatz von zwei Panzerkraftwagen, die Wache gegen 11.30 Uhr zurückzuerobern. Dann begannen die „Säuberungsmaßnahmen“ und die ersten Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Panzerkraftwagen konnten abgezogen und nach Barmbek verlegt werden. Barmbek war wegen der vielen Barrikaden zwar schwieriger zu nehmen, aber strategisch günstiger, da das gesamte Gebiet verkehrsmäßig gut erschlossen war und breite Heerstraßen das gesamte Gebiet umgaben. Jeweils eine Hochbahn- und eine Straßenbahnlinie führten an das Gebiet heran; entlang des südöstlichen Stadtteils verlief der Eilbek-Kanal. Die Polizei hatte dennoch einige Schwierigkeiten, ihre Truppen heranzubringen, weil sie schon auf ihrem Anmarschweg beschossen wurde. Gegen 10 Uhr erhielt der Polizeimajor Hartenstein den Befehl über das Aufstandsgebiet. Ihm wurden am 23. Oktober fünf Panzerkraftwagen, acht Maschinengewehre mit Bedienung des Kreuzers „Hamburg“ sowie 246 Beamte und sieben Offiziere zur Verfügung gestellt.

Die Rückeroberung gestaltete sich nicht nur wegen der Barrikaden, über die die gepanzerten Kraftwagen nicht fahren konnten, als schwierig, sondern auch, weil die Kommunisten weiter aus Fenstern und Dachlukken auf die anrückende Polizei schossen und Erfolge erzielten. Hartenstein⁴⁸ mußte seine Taktik ändern: ein Straßenkampf konnte nicht als Polizeiaktion geführt werden. Nachdem ein Panzerkraftwagen in einer Barrikade steckenblieb da der Fahrer tödlich getroffen war, übernahm er die vorherrschende Kampfweise der „Verteidiger“: er ließ Maschinengewehre auf die Dächer und in Wohnungen bringen, um das gesamte Gebiet „bestreichen“ zu können. Die vorgehenden Beamten wurden so durch „überhöhtes“ Feuer geschützt. Danner bedauerte, keine Artillerie, Minenwerfer und Tanks zur Verfügung zu haben; insbesondere Tanks wären glatt über die Barrikaden hinweg gefahren.

Boldt behauptet, das numerische Verhältnis Aufständische Polizei sei in Barmbek 1:1 gewesen⁴⁹. Wenn das zuträfe, wäre die DDR-Lesart einer zehnfachen Überlegenheit der Polizei unkorrekt.

⁴⁸ Hartenstein, S. 72.

⁴⁹ Boldt, S. 103. 23.10. 246 Mannschaften, sieben Offiziere. 24.10. 260/9, 25.10. 256/11.

Mit Entstehen klarer Fronten im Barmbeker Aufruhrgebiet war die Rückeroberung eine Frage von Stunden: die Putschisten konnten schwerlich frische Kräfte oder Waffen heranzuführen. Vermutlich kam es bereits am Vormittag des 23. Oktober zu ersten Absetzbewegungen. Gundelach, der während der Kämpfe als Kurier tätig war, die Kampfgebiete abfuhr und die MP-Leitung (Hommes, Dengel) unterrichtete und Verbindung mit Thälmann hielt, berichtete, daß nach Auswerten der Lageberichte zwei in der militärischen Leitung führende Funktionäre schwankend wurden und durch Gundelach vorschlagen ließen, den Kampf in der kommenden Nacht, d.h. in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober abbrechen zu lassen. Nach seinen Erinnerungen hätte Thälmann dies mit den Worten „Das kommt gar nicht in Frage, es wird weiter gekämpft“, abgelehnt. Nach Habedank hätte Thälmann eine erneute Abstimmung herbeigeführt und sich für sein Vorgehen auch eine politische Rückendeckung geholt⁵⁰. Absetzbewegungen sollten, wie Willi Bredel schrieb⁵¹, auch durch die Kanalisation erfolgt sein, Ob letztlich lediglich sechs Dachsützen den gesamten Stadtteil „verteidigten“, wie Urbahns behauptete, sei dahin gestellt. Kippenberger setzte sich mit seiner Frau am 24. Oktober aus dem Gebiet ab und gelangte ungehindert durch die Polizeisperre am Hochbahnhof Dehnhaide, Auch v. Borstel und Köppen gehörten nicht zu den Eingeschlossenen: sie unternahmen Erkundungsfahrten zu bekannten Parteilokalen, um sich Direktiven zu holen. Das ganze Dilemma der Aktion zeichnete sich bereits am Vormittag des 23. Oktobers ab: Während die KPD-Zentrale ihren Beschluß

⁵⁰ Habedank, S. 135.

⁵¹ Willi Bredel, Ernst Thälmann - Ein Beitrag zum politischen Lebensbild, Berlin (DDR) 1950, S. 74. Das Sielregister für das Kampfgebiet zeigt – zumindest in der Gegenwart – nur wenige Straßen, bei denen die Abwasserrohre eine Höhe von mehr als 50 cm aufweisen. Eine Verbindung nach außen wurde durch den Osterbek- und Eilbekkanal begrenzt. Beide Wasserläufe wurden vom Siel-system durch Düker (Unterführung einer Wasserleitung unter einem Fluß oder Kanal) unterquert, die technisch bedingt stetes mit Wasser gefüllt waren. Somit kann die von Bredel in die Literatur eingebrachte Version nicht stimmen, dass die kommunistischen Arbeiter 'auf unterirdischen Wegen der städtischen Kanalisation ihre alten Stellungen verlassen und im Rücken der Polizei neue Kampfpositionen bezogen' hätten. Auskunft von Norbert Wierecky, Hamburger Stadtentwässerung vom September 2000 an Boldt (S. 103, Fußnote 325).

vom 20. Oktober 1923, den Generalstreik auszurufen und damit den Aufstand auszulösen, mit Billigung der EKKI-Vertreter nicht durchführte und somit „komintern-treu“, aber politisch falsch handelte, beschritt Thälmann den genau umgekehrten Weg: er handelte parteiwidrig, aber politisch richtig⁵². Als v. Borstel und Köppen als Mitglieder der Barmbeker Aufstandsleitung erfuhren, daß der Putschversuch von der Partei nicht unterstützt wurde und der Politsekretär Urbahns in Hamburg unterwegs war, die Kämpfe einzustellen und die Parteilinie verkündete, kam es zur Spaltung zwischen der Barmbeker und der Hamburger Aufstandsleitung. Hommes von der Hamburger und v. Borstel und Köppen von der Barmbeker Leitung entschlossen sich, Parteigehorsam zu üben und die Kämpfe abubrechen⁵³. Spätestens zu diesem Zeitpunkt schlug der Putsch qualitativ in eine persönliche Angelegenheit Thälmanns um⁵⁴, ein mitreißendes revolutionäres Beispiel zu geben. Thälmann handelte bewußt nicht nur gegen Parteibeschlüsse und -direktiven, sondern wollte die Partei auch auf den von ihm als politisch richtig erkannten Kurs zwingen.

Daß die Kämpfer in Barmbek auf verlorenem Posten standen, dürfte ihnen im Verlaufe des 23. Oktober klar geworden sein: der Ring, den Hartenstein um das Aufstandsgebiet zu ziehen begann, wurde enger - und die erhoffte Unterstützung der breiten Massen blieb aus. Von den rund 18.000 Mitgliedern der Hamburger KPD wurden, wie sich später herausstellte, Ermittlungsverfahren „nur“ gegen 2.300 Personen durchgeführt.

Thälmann ließ sich von der KPD erst wieder in die Pflicht nehmen, als Ufermann Remmele, am Nachmittag des 23. (wiederum) in Hamburg eintraf und den Parteibefehl zum Abbruch, der Kämpfe überbrachte. Dieser gelangte vermutlich noch am 23. Oktober abends in das Aufstandsgebiet. Später wurde der Abbruch als „geordneter Rückzug“ deklariert. Als Hartenstein am Morgen des 24. Oktober in das Gebiet einrückte, gab es nur noch ein paar Unentwegte, die vereinzelt schossen. Die Kämpfenden waren während der Nacht in nordöstliche Richtung nach Bramfeld-Hellbrook abgezogen. Gegen 11 Uhr war Barmbek „befreit“; die „Säuberungen“ konnten beginnen.

Zur Klärung der auf breiter Front erhobenen Vorwürfe, daß in den Hamburger Polizeiwachen und in den Gefängnissen

„systematisch“ geprügelt würde, um Geständnisse zu erpressen, war von der sozialdemokratischen Fraktion der Bürgerschaft eine Kommission aus Deputierten der Gefängnisbehörde gebildet worden, die zum Ergebnis kam, „im Gefängnis ist nicht geprügelt worden.“

Am 20. Februar 1924 mußte dann das bürgerschaftliche Mitglied der Gefängnisdeputation Herbert Pardo (VSP) zugeben, daß es zwar nicht „im Gefängnis“, aber im „Untersuchungsgefängnis“ zu Mißhandlungen gekommen war. Als Täter wurde ein Polizeileutnant von der 14. Wachbereitschaft in Altona ermittelt. Die Mißhandlungen fanden in den „Vorfühzellen“ statt, in denen Polizeibeamte zur Befragung und zu Sprechzwecken mit den Gefangenen allein waren. Die vorn Staat auch insbesondere gegenüber wehrlosen Gefangenen auszuübende Fürsorgepflicht, die Setter in der Hamburger Bürgerschaft einforderte, wurde dem Zeitgeist entsprechend, lustlos abgehandelt: Der Direktor der Gefängnisverwaltung, Christian Koch (DDP), verwies lediglich auf das Recht, das Anwälte und Polizisten ausübten, wenn sie „ohne Aufsicht“ durch Gefängnisbeamte mit den Gefangenen „sprechen“ wollten. Mißhandlungen, die dabei vorgenommen würden, wären nicht von der Gefängnisverwaltung zu vertreten. Als „Sofortmaßnahme“ wurde dem Polizeileutnant aber immerhin angedroht, daß ihm der Zutritt zum Arrestposten verboten würde, wenn sich „solche Fälle“ wiederholten. Anlaß für die Androhung war, daß am 5. oder 6. November 1923 der Untersuchungsgefangene Heinrich Werner aus Schiffbek in Gegenwart eines Kriminalbeamten von einem Polizeileutnant unter Vorhalten einer Pistole mit der Faust ins Gesicht geschlagen und mit dem Gummiknüppel bearbeitet worden war, um von ihm das Geständnis zu *erpressen*, daß er an der Tötung eines Wachtmeisters in Schiffbek beteiligt gewesen wäre. Als Polizeileutnant ist dann ein Franz Kosa ermittelt worden⁵⁵.

⁵⁵ Stenogr. Ber. 8. Sitzung (5. März 1924), S. 119 - unter dem Aktenzeichen 5 L 102/24. - Kosa wurde später in Altona zunächst zu 1.000 Mark und in 2. Instanz zu 500 Mark Geldstrafe wegen Mißhandlung wehrloser Gefangener verurteilt; siehe: Stenogr. Ber. 4. Sitzung (28. Jan. 1925), S. 63) - 1933 war Kosa Einsatzführer des berüchtigten 'Kommandos z.b.V.' der Hamburger Polizei, dem nach der Machtübergabe die Aufgabe übertragen worden war, Hamburger Kommunisten zu verhaften (siehe: Henning Timpke, Dokumente zur Gleichschaltung des

⁵²Vgl. Thälmann, Inprekorr Nr. 82, S. 1013f.

⁵³Habedank, S. 133 und 160.

⁵⁴Gundelach, S. 63; Habedank, S. 202f.

Über die Verfassung, in der sich die aus dem Untersuchungsgefängnis Hütten in die Strafanstalt Fuhlsbüttel überstellten Gefangenen befanden, berichtete der Abgeordnete Setter (KPD/KI) aus eigener Anschauung und unwidersprochen:

„Ich möchte besonders noch darauf aufmerksam machen, wie zum Teil diese Gefangenen aussehen, wenn sie nach Fuhlsbüttel hinauskommen (die) nicht nur vollständig zerschlagen waren, sondern auch in völlig zerrissener Kleidung ankamen. Wir haben Leute gesehen, die vollständig bloß waren; entweder hatten sie nur ein Hosenbein oder es fehlte ihnen der Hosenboden oder sie hatten nur eine halbe Jacke und die Mütze fehlte fast jedem. Blutend kamen sie in Fuhlsbüttel an, wo sie einen Anzug bekamen. Es sind auch viele Sozialdemokraten dabei, die nichts gemacht haben. Sie werden eingeliefert und werden nach Strich und Faden verprügelt, nach vier oder sechs Wochen werden sie verurteilt; solange haben sie im Untersuchungsgefängnis gefroren und haben sich dort mit ihrem kaputten Zeug die zerschundenen Knochen weiter kaputt gelegen. Erst in Fuhlsbüttel bekommen sie einen anständigen Anzug und ein schönes Bett“.

Übergriffe seitens der Polizeibeamten gegenüber wehrlosen Gefangenen wurden insbesondere auch von Bergedorfer Sozialdemokraten festgestellt. Bereits am 2. November 1923 kam es in einer Distriktsmitgliederversammlung zur Aufarbeitung der Ereignisse. Einigkeit herrschte in der Versammlung über das „ungemein rohe Vorgehen der Sipo bei den Verhaftungen“, die zur Erregung unter der Einwohnerschaft führte und darüber, daß die Schießerei in den Straßen teilweise überflüssig gewesen wäre, weil überhaupt nicht feststand, ob man überhaupt auf die Sipo geschossen hätte. Die in Bergedorf verhafteten Sozialdemokraten waren „fast restlos“ zunächst nach Schiffbek gebracht worden, wo in einem „Prügelkeller“ drei bis vier Sipobeamte mit aufgekrempelten Hemdsärmeln standen und die Gefangenen, die sich über eine Biertonne haben legen müssen, mit dem Gummiknüppel geschlagen hätten. Bereits zur Entlassung gekommene Mitglieder hatten sich bereits bei der Parteileitung gemeldet und waren bereit, ihre Aussagen zu wiederholen. So beschloß dann die Versammlung „schärfsten Protest und

Landes Hamburg 1933, Hamburg 1983 (Nachdruck), S. 178).

schärfste Verurteilung solcher Handlungen der Staatsgewalt“, die nicht nur in Schiffbek, sondern auch im Hamburger Stadthaus, dem Sitz der Polizeiwache 1, verübt wurden. Mißhandlungen von Gefangenen schlugen sich trotzdem nicht in politischen Aktivitäten der bürgerchaftlichen Mitglieder des vereinigten sozialdemokratischen Vereins nieder. Die Aufforderung zur Aufklärung der Übergriffe wurde ausschließlich dem kommunistischen Abgeordneten Setter überlassen, der auch über eigene Transporterfahrungen verfügte. Danach war auch das Dienstzimmer des Bramfelder Amtsvorstehers Hersbeck, in dem die Sipo ihre Vernehmungen durchführte, dazu mißbraucht worden, von den in Arrest gehaltenen Gefangenen Geständnisse zu erprügeln.

Johannes Lewien, der 74jährige Anbauer und Gastwirt aus Bramfeld, in dessen Garten ein Teil der aus dem Hamburger „Neuen Schützenhof“ gestohlenen Scheibenbüchsen und Munition von den Barmbekern Kämpfern beim Rückzug geworfen wurden, überstand die Torturen nicht. Lewien wurde am 24. Oktober von der aus Barmbek nach Bramfeld vorrückenden Sipo verhaftet und am 26. Oktober als „unbekannte Leiche“ ins Hafenkrankenhaus eingeliefert⁵⁶.

Der Hamburger Senat, der die Beerdigungskosten für Johannes Lewien aus Steuermitteln bezahlte, ließ die Familie über die Umstände des Todes im Unklaren. Erst als die Witwe eine Rente für den Verlust ihres Ernährers beantragte, wurde offenbar, daß die tödliche Verletzung nicht auf dem Transport stattfand, sondern daß dafür ausschließlich die „Mißhandlung im Hüttengefängnis in Hamburg“ in Betracht kam; eine Rente nach dem sogenannten Personenschadensgesetz konnte somit nicht gezahlt werden.

⁵⁶ Handschrift des Sekretärs Galle vom 28.4.24. Das Lewiensche Lokal im preußischen Bramfeld-Hellbrook, unmittelbar nördlich des Barmbeker Aufstandsgebiets gelegen, diente als Parteilokal der KPD/KI und während des Aufstandes als Nachrichtenzentrale zwischen Barmbek, Wandsbek und den sonstigen Nachbarorten. Am Abend des 23. Oktobers 1923 fand dort eine Mitgliederversammlung statt, nachdem das Treffen in Barmbek beendet war. Die Funktionäre nahmen aber von eigenen Maßnahmen Abstand und unterstützten die Barmbeker Genossen. Aus dem Bramfeld-Hellbrooker Gebiet wurden 46 Personen als Helfer des Gesamtunternehmens ermittelt und unter Anklage gestellt.

Die elf Polizeibeamten, die den Transport von der PW 32 (Drosselstr.) ins Hüttengefängnis durchführten, gaben übereinstimmend an, „alle Gefangenen lebend“ im Gefängnis abgeliefert zu haben und verneinten Mißhandlungen. Der Oberstaatsanwalt Altona stellte schließlich seine Nachforschungen ein, weil keine Täterperson zu ermitteln wäre. Dagegen blieben diejenigen 15 Gefangenen, die mit Lewien zusammen auf den Transport gingen, bei ihrer Aussage, daß sowohl vor dem Abtransport wie nach der Ankunft im Hüttengefängnis jeweils ein Spießrutenlaufen stattgefunden hätte.

Lewien wäre von zwei Personen beim Aussteigen gestützt und bewußtlos in eine Zelle gebracht worden. Ähnlich erging es einem 22jährigem Arbeiter aus Bergedorf, der unter dem Verdacht, am Tod eines Polizisten in Schiffbek beteiligt gewesen zu sein, am 24. Oktober verhaftet und gleichfalls - anscheinend zur Vertuschung der Umstände - aus dem Stadthaus als „unbekannte Leiche“ am 25. Oktober ins Hafenkrankenhaus eingeliefert wurde. Auch in diesem Fall wurde die Leiche erst aufgrund der Nachforschungen der Familie identifiziert. Der Zustand, in dem sich der Leichnam von Karl Jungnickel befand, war in einem Aktenauszug von Galle⁵⁷ festgehalten worden und ließ entsprechende Rückschlüsse über das Vorgehen der von Danner (in Bergedorf) befehligten Polizeieinheiten erahnen.

Setter behauptete, der von der Polizei zurückgelieferte Sarg mit dem Leichnam von Lewien wäre mit dem Auftrag übergeben worden, „diesen Sarg nicht zu öffnen“. Danner selbst erwähnte die Vorfälle nur nebenbei und führte sie entschuldigend auf die als „heimtückisch“ empfundene Kampfweise des Gegners zurück⁵⁸. Im sog. Schiffbeker Aufruhrprozeß, der am 26. Februar 1925 vor dem Schwurgericht des Landgerichts in Altona begann, wurden Mißhandlungen von seiten der Sipo an den Gefangenen dann „gerichtsnotorisch“. Der Anwalt der Angeklagten, Hegewisch, stellte umfassende Beweisanträge⁵⁹ zu denen fast das gesamte außerordentliche Gericht in Hamburg, einschließlich der Staatsanwälte als Zeugen beantragt wurden: viele der Angeklagten widerriefen vor Gericht ihre bei den

polizeilichen Vernehmungen gemachten Aussagen, da ihre „Geständnisse“ erpreßt und erprügelt worden waren.

Die etablierte bürgerliche Presse orientierte sich in Hamburg überwiegend an den von der Staatlichen Pressestelle des Senats verteilten Texten und druckte diese regelmäßig in vollem Wortlaut ab. Nur selten gab es kritische Töne⁶⁰. Allen war wohl das häufige Verbot der Hamburger Volkszeitung eine eingehende Mahnung, denn unter dem Ausnahmezustand war eine Berichterstattung nur eingeschränkt möglich. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt (in Stettin) übte seine Zensur rückwirkend aus: nachdem die Zeitungen erschienen waren. Urbahns beschrieb in seinem Prozeß dem Gericht, wie die Zensur unter dem zivilen Ausnahmezustand in Hamburg ausgeübt wurde: Die „Volkszeitung“ hatte einen Bürstenabzug ins Stadthaus zu bringen, wo die Artikel entweder vom Inspektor Kuesfeld oder dem Polizeidirektor von Campe geprüft und über die Veröffentlichung entschieden wurde.

Als im Prozeß einige Artikel von der Staatsanwaltschaft als „hochverräterisch“ eingestuft wurden und insbesondere auch die Haftbefehle gegen Thälmann, Schaible, und Jensen auf deren „hochverräterische Tätigkeit“ als verantwortliche Redakteure der Volkszeitung (im August 1923) begründet wurden und nicht etwa auf den bewaffneten Aufstand, machte Urbahns das Gericht zum Tribunal und forderte, daß dann auch die Polizeibeamten, die die Artikel genehmigt hätten, auf die Anklagebank neben ihn gehörten.

Kritik am Verhalten von „einigen wenigen Oberbeamten“ und ihrer republikanischen Haltung im „Kommunistenputsch“ wurde aber dennoch geäußert. Die Anlage geheimer Waffenlager und der flagrante Verstoß gegen internationale Auflagen nach dem verlorenen Krieg, die Danner ausführlich beschrieb⁶¹, machte auch die Polizeiführung in Hamburg zum potentiellen Nährboden für demokratiefeindliche Bestrebungen. Schon 1923 wurde in der Hamburger Presse die Ansicht vertreten, daß „die Sipo gegen links gut funktionieren würde, stand immer außer

⁵⁷ Galle notierte: Todesursache: 3 cm Wunde über dem rechten Auge mit Rachenbruch und 9 cm klaffende Wunde auf der rechten Schädelhälfte. Oberarme weisen bläuliche Partien auf.

⁵⁸ Danner, S. 95.

⁵⁹ Hamburger Volkszeitung vom 28. Februar 1925.

⁶⁰ Ein Zustand, den wir abgestuft nach Themen und Vorgaben auch heute noch finden.

⁶¹ Danner, Ordnungspolizei, S. 160f, 171ff., 213ff. Boldt, a.a.O., S. 134f. Fußnote 419, S. 135: Auch Danner konnte nicht vermeiden, dass bis 1927 auf Forderung der Internationalen Militär-Kontrollkommission zehn Bereitschaften mit 2000 Beamten abgebaut werden mussten.

Zweifel⁶². Man könnte zwar zehnmal Barmbek nehmen, Schiffbek mit Todesmut stürmen und Bergedorf entsetzen und trotzdem nicht für eine verantwortliche republikanische Stellung der geeignete Mann sein. Denn rechnete man die Haltung im Kapp-Putsch gegen die Haltung im Kommunistenputsch, ergäbe sich immer noch ein Minus.

Laut Danner wurden insgesamt 1 434 Strafverfahren in Zusammenhang mit dem Aufstand eröffnet. Davon wurden 904 Verfahren eingestellt, 192 Angeklagte freigesprochen, zwei Angeklagte erhielten die Todesstrafe, 17 bekamen zusammen 47 Jahre Zuchthaus, 197 Angeklagte bekamen 135 Jahre und sechs Monate Gefängnis, 103 Angeklagte erhielten zusammen 231 Jahre und zwei Monate Festung, 19 Angeklagte erhielten Geldstrafen⁶³. Boldt zählt 875 „Festnahmen“, 828 Männer und 47 Frauen⁶⁴. 793 Personen werden verurteilt. Von den verbliebenen werden 58 freigesprochen, 18 nicht bestraft, zwei amnestiert, einer war verstorben, ein weiterer Angeklagter bleibt unauffindbar und das Ergebnis zwei weiterer Verfahren ist nicht mehr rekonstruierbar⁶⁵.

Die Angeklagten waren den sozialen Unterschichten zugehörig. Neun von zehn der Festgenommenen sind Arbeiter, mehr als die Hälfte von ihnen ungelern. Die berufliche Orientierung war zumeist Metaller und Bauarbeiter. Nur etwas mehr als fünf Prozent

⁶² Erwin Boldt, bis zu seiner Pensionierung 1986 Leitender Polizeidirektor und Leiter der Landespolizeischule Hamburg, teilt diese Einschätzung. Die schon 1921 einsetzenden Bestrebungen der KPD, die Polizei zu destabilisieren, in dem sie ihre Mitglieder anwies, in Gesprächen mit den Mannschaftsdienstgraden die Unterschiede zwischen ihnen und ihren Offizieren zu vertiefen, Unzufriedenheit zu schüren und den unteren Beamtengruppen ihre proletarische Situation vor Augen zu halten, hatten augenscheinlich nur geringen Erfolg. Boldt, S. 134. Boldt unterschlägt jedoch, dass offenkundig kommunistisch eingestellte Polizisten bei der Eroberung zweier Wachen eine gewisse Rolle gespielt haben sollen (vgl. Danner, S. 90).

⁶³ Danner, S. 112ff.

⁶⁴ Boldt stellt die These auf (S. 125f.), dass die geringe Anzahl verhafteter Frauen die KPD-Aussage unwahr mache, dass Frauen und Kinder sich engagiert am Aufstand beteiligt hätten. Vielleicht waren die Männer einfach im direkten Nahkampf exponierter und eher Verhaftungen ausgesetzt als die für Versorgungs- und Hilfsaufgaben eingeteilten sympathisierenden Frauen und Kinder, die überall sein mussten und dadurch den Überblick hatten.

⁶⁵ Boldt, S. 124.

waren Angestellte, von denen ein Großteil für die KPD selbst tätig war. Obwohl etwa 20 Prozent aller Hamburger Arbeiter als Transport- und Lagerarbeiter einzustufen waren, gehörten nur zehn Prozent der Verhafteten zu diesem Berufszweig⁶⁶. 80 Prozent der Festgenommenen gehören überwiegend zur jüngeren Generation und sind unter 40 Jahre. Die stärkste Altersgruppe stellen die Zwanzig- bis Dreißigjährigen. Den Vorzug einer militärischen Ausbildung - so behauptet Boldt - hatten die wenigsten. Körperliche Fitness, Kampfeswille, die praktischen Erfahrungen der Revolutionsjahre 1918/19 und die Ausbildung im Ordnerdienst der KPD stellten aber einen guten Ausgleich für fehlende militärische Ausbildung dar. Was Boldt entgeht: Etliche davon dürften am Weltkrieg teilgenommen und Militärausbildung erfahren haben. Die Verhafteten stammten zu rund 60 Prozent aus Hamburg oder den preußischen Randgemeinden.

5. 80 Jahre danach - die Lehren

Die Hamburger Polizei hielt sich zunächst mit der öffentlichen Aufarbeitung des Aufstands zurück. Bis 1927 musste sie die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission fürchten, die laufend Ausrüstung, Organisation und Personalstärke der Polizei rügte und Reduzierungen verlangte. Außerdem wollte sich die Polizei nicht vom potentiellen Gegner vorzeitig in die Karten gucken lassen. Aufstandsbekämpfung war zentrale Aufgabe der Polizei. Das zeigt die Ausstattung mit Panzerwagen, Maschinenpistolen und -gewehren; die Dauerübung „Räumen von Barrikaden“, das Vorgehen unter Feuerschutz und Einübung von Straßen und Häuserkampf⁶⁷. Maschinengewehre wurden erst Ende der 1970er als Ausrüstungsgegenstand abgeschafft, dafür aggressive Nahkampfwaffen wie Tonfas und Pfefferspray angeschafft. Schweres Barrikadenräumgerät ist sowieso Standard. Die Hamburger Polizei setzt heute zusätzlich auf mobile Spezialeinheiten⁶⁸, die rasch in latent politisch instabilen Gebieten mit hohem Konfliktpotential wie Schanzen-

⁶⁶ Boldt (S. 125) interpretiert dies folgendermaßen: 'Es (war) den Kommunisten nicht gelungen bei diesen, auch stark im Gewerkschaftsbund organisierten und häufig in dem damals noch als Wohnquartier existierenden innerstädtischen Gebiet wohnenden Menschen Fuß zu fassen und sie für ihre Aufstandsziele zu aktivieren.'

⁶⁷ Boldt, S. 134ff. mit Beispielen.

⁶⁸ Zu nennen sind u.a. mobile Festnahmeeinheiten, die sog. E- (=Einsatz) Schicht im Schanzenviertel und das SEK.

Karlinenviertel und Altona eingesetzt wird⁶⁹. In der DDR hatte Habedank die Aufgabe erhalten, den Aufstand „des klassenbewußten Hamburger Proletariats“ auszulegen, traf jedoch nicht den von der SED gewünschte Interpretation, den Aufstand vom Verdacht eines sinnlosen Putsches deutlich genug abzugrenzen. Thälmann verteidigte den Hamburger Aufstand mehrfach. In einem Beitrag für die Parteizeitung „Die Rote Fahne“ am 23. Oktober 1925 über die „Lehren des Hamburger Aufstandes“ rechtfertigte er diesen in zehn Punkten als politisch notwendig und wies die Schuld an der dann doch eingestandenen Niederlage der Isoliertheit der Aufstandsbewegung zu. Künftig müsse man die gesamte Arbeiterschaft aktivieren⁷⁰. Nach 1945 verblasst die Forderung nach bewaffnetem Aufstand bei denjenigen KommunistInnen, die sich ideologisch am realen Sozialismus orientieren. Aufstands-Darstellungen der DDR lassen quellenkritische Distanz vermissen und bleiben unscharf. Dies gilt erst recht für zwei apologetische DEFA-Filme „Ernst Thälmann - Sohn seiner Klasse“ und ET - „Führer seiner Klasse“ von 1954 und 1955⁷¹.



Das „Neue Deutschland“ greift am 24./25. Oktober 1998 den Hamburger Aufstand und den „deutschen Oktober“ auf und entlarvt diesen als Legende. Die Chemnitzer Tagung im Oktober 1923 habe deutlich gemacht, dass nicht nur die Mehrheit der anwesenden Delegierten, sondern auch die deutsche Arbeiterschaft nicht bereit gewesen seien, der Erwartung der KPD zu entsprechen, den Generalstreik auszurufen. Dieser wäre nach der Lagebeurteilung der Kommunisten unverzichtbar für die Auslösung des bewaffneten Kampfes. Die bis dato vertretene Auffassung, der „deutsche Oktober“ habe eine Niederlage erlitten, wurde 1998 mit den Worten „er fand einfach nicht statt“ korrigiert.

Fehlende kritische Distanz muß auch anderen bescheinigt werden: Zur 60. Wiederkehr des Hamburger Aufstands veranstaltet die Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) im damaligen linken Szene-Lokal „Zorbas“ in Südwinterhude eine Jubelfeier mit etwa 70 Gästen⁷².

Aus Anlass der 70. Wiederkehr des Aufstands richten mehrere Gruppen und Initiativen in Hamburg-Nord eine Veranstaltungswoche mit dem Thema „Barrikaden in Hamburg“ aus⁷³.

1998 veranstalten DKP-nahe Gruppen und VVN-BdA einen Motorradkorso „zum Gedenken an die Tage, da die Hamburger Kommunisten 1923 versuchten, das Signal zur Revolution in Deutschland zu geben und schmachlich im Stich gelassen“ wurden. Der Veranstaltungsbericht trägt mehr den Charakter eines Sonntagsausfluges von Pfadfindern mit Heimatfilm:

⁷² Einer der Verfasser wohnte dieser Veranstaltung bei, die funktional eher die Gruppe nach innen zusammenschweißen sollte als einen kritischen Aufstands-Diskurs anzustreben schien.

⁷³ Boldt, S. 155.

⁶⁹ Mit der Rückkehr zu offen repressiven law and order-Traditionen mit der teils massiven Einschüchterung bei „Lagen“ (Polizeideutsch für Demonstrationen) rund um Irakkrieg (Schüler-Demo am 24. März 2003!) und Bambuleprojekt (seit November 2002 etwa 30 Demonstrationen) hat sich der Mitte-Rechts-Senat klassischer sozialdemokratischer „spalte und herrsche“-Mechanismen entledigt.

⁷⁰ Dies auch in cineastischer Hinsicht. Im September 1927 wird in Moskau der Stummfilm 'Hamburg' nach Motiven Reissners uraufgeführt. Vgl. HVZ vom 15. Oktober 1927.

⁷¹ Weitere Details bei Boldt, S. 154f. Bredel soll auf kritische Nachfragen bezüglich seiner sehr freien Gestaltung der Drehbücher zur Rolle Thälmanns gesagt haben, 'Wieso, es ist doch ein Film für die Jugend'. (Quelle: Eine Leipziger Kulturwissenschaftlerin zu D. Thiele, Geschichtswerkstatt Barmbek). Originell scheinen auch Theaterleute mit dem Thema Aufstand umgegangen zu sein, z.B. Helmut Baierl u.a. '...stolz auf 18 Stunden. Szenisches Poem für einen Schauspieler, ein Grammophon und eine Barrikade'. Stück um den Hamburger Aufstand vom Oktober 1923 mit Hans-Peter Minetti. Berlin (DDR)1975, Litera 865 223. [Langspielplatte].

„Der Corso begann an der Gedenkstätte Ernst Thälmann, wo die DKP zur Versorgung der angereisten Motorradfahrer einen Imbißstand aufgestellt hatte, damit bei der Kälte die Fahrt auf den Maschinen erträglicher wurde. Pit Sorgenfrei von Kuhle Wampe und Olaf Harms als Bezirksvorsitzender der DKP Hamburg sprachen zu den Versammelten. Dann ging es durch den **Hamburger** Stadtteil Barmbek, in dem damals die heftigsten Barrikadenkämpfe stattfanden, zu einem Platz, an dem eine der größten Barrikaden stand. Die Teilnehmer hatten sich Plakate mit Fotos der Barrikaden umgehängt. Diese Zwischenkundgebung fand auch Interesse bei den Anwohnern.

Die geplante Filmveranstaltung wurde wegen Erkrankung des Vorführers in eine Videovorführung, die natürlich trotz oder wegen des Beamers nicht so wirkungsvoll war, umgewandelt. Das Video war eine Zusammenfassung der Trilogie zum **Hamburger Aufstand**, die in den siebziger Jahren von zwei **Hamburger** Filmemachern gedreht worden war. Interesse fanden die Tafeln mit den Originalfotos vom **Aufstand** und eine Tabelle mit Wahlergebnissen, die nachwies, daß die KPD nach dem **Aufstand** nicht isoliert war, sondern nur wenige Monate danach ihren Stimmenanteil von elf auf 18 Prozent erhöhen konnte. Trotz aller Schwierigkeiten - wie z. B. ein absolut 'motorradfeindliches' Wetter - war diese Art von Gedenken ein Erfolg. Der revolutionäre Teil der Arbeiterbewegung läßt sich nicht totschrweigen⁷⁴.

Der „Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur und Kommunikation e.V.“ hat 2002 die Memoiren Hellmuth Laschs veröffentlicht, worin dieser sich kurz auf den Aufstand bezieht⁷⁵.

⁷⁴ In: UZ unsere zeit, Zeitung der DKP, Nr. 51, 18. Dezember 1998.

⁷⁵ Lasch: 'Selbstverständlich wurde in der Familie über den Aufstand gesprochen, sehr kritisch wurde das betrachtet'. Hellmuth Lasch, Die schiefe Ebene hätte eine breite Straße sein sollen! Hamburg 2002, S. 14 mit detaillierter Schilderung aus der Sicht des 1923 13jährigen.



Symbolik vor solider Hafenstraßenbarrikade November 1987

In Barmbek war das Thema Aufstand bis zum Zeitpunkt des Ablebens der letzten ZeitzeugInnen gegen Ende der 1980er weitgehend dem offenen Diskurs entzogen⁷⁶. Die Auffassungen über die Rolle von KPD, SPD und Gewerkschaften und sympathisierenden Gruppen vor, beim und nach dem Aufstand, die Einschätzungen zu Thälmann waren offenbar einander diametral entgegengesetzt und wurden sorgfältig im jeweiligen Gruppenrahmen gepflegt⁷⁷, um nach außen hin schematisch bekräftigt zu werden.

Natürlich ist der bewaffnete Aufstand einer Partei vor 80 Jahren nicht vergleichbar mit den spontanen Riots und eher symbolischen Barrikadenerrichtungen der Gegenwart. Dennoch wollen wir nicht nur in der Vergangenheit verweilen und haben uns einige Thesen überlegt:

Die Lehren des Oktoberaufstands in Hamburg möchten wir in fünf Thesen zur Diskussion stellen:

1. die Riots der Gegenwart sind keine von einer Partei gesteuerte Revolte, sondern symbolische Kämpfe mit zumeist kurzfristig und -zeitig errichteten Barrikaden. Sie sind zumeist Ritual (1. Mai, Flora, Bambule) und bedrohen anders als im Weimarer Staat kaum

⁷⁶ D. Thiele, Geschichtswerkstatt Barmbek, am 6. März 2003 zu einem der Verfasser. Das Phänomen dürfte auch in den anderen Aufstandsgebieten stattgefunden haben.

⁷⁷ Auch in der Gegenwart beschäftigen sich nicht nur Fans politisch motivierter Verkehrsflussunterbrechungen sondern auch Angehörige mit den Folgen des Aufstands, wie eine Anfrage aus Billstedt an die Bredelgesellschaft zeigt. Die Enkelin schreibt in einer E-Mail, ein verirrter Querschläger habe ihre Großmutter am 23.10.1923 in der Wohnung der Familie am Rahlstedter Weg 40 tödlich getroffen und sucht dazu Informationen. Quelle: Mitteilung Willi-Bredel-Gesellschaft vom 13. März 2003.

einmal das eigene Leben – erst recht nicht den Staat.

2. Der Staat der Gegenwart hat gelernt und ein weit verzweigtes Vorfeldwarnsystem geschaffen, um spontane Erhebungen größerer Bevölkerungskreise von vorn herein unmöglich zu machen. Das sog. Soziale Netz – so löchrig es nach und nach auch wieder wird – verhindert nachhaltige Unzufriedenheit und Existenzbedrohung bei breiten Schichten. Die Zahl der Menschen ohne Arbeit mag mit etwa acht Millionen das Niveau der Weimarer Republik erreichen, den Betroffenen fehlt jedoch im Gegensatz zu den 1920/30ern die Einsicht in die Tragfähigkeit revolutionärer Handlungsoptionen, da die Hoffnungen auf ein besseres materielles Leben im gegebenen System zu dominieren scheinen.

3. Der Klassenstaat wird von breiten Bevölkerungsschichten nicht als Klassenstaat wahrgenommen, den es zu bekämpfen gilt. Sog. Arbeiterparteien repräsentieren fast nur noch sich selbst und ihren sich allmählich biologisch absentierenden Anhang. Das Scheitern des realen Sozialismus hat sein Übriges dazu getan, dass das System eines direktiven abgeschotteten Sozialismusmodells diskreditiert scheint. Welches Modell sollte auch ein Aufstand, so er als reale Perspektive empfunden werden würde, herbei kämpfen?

4. Die EU-weite Verzahnung der Machtzentren bewirkt momentan durch ständigen Informationsaustausch anscheinend eine relative Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Zwischen 1982-1995 existierten in Aarhus und Kopenhagen militänt verteidigte autonome und antiimperialistische Hausbesetzer-Strukturen. Auch mit Hilfe deutscher Antiterrorspezialisten gelang es schließlich, die Szene auszutrocknen. Dieses repressive System der Verständigung und Zusammenarbeit politisch und unmittelbar praktisch auszuhebeln, verlangt europaweite Antirepressionsarbeit. Sie existiert aber nur in Ansätzen.



Barrikade Hafenstraße November 1987. Mittig ein Schild mit Hamburg-Wappen

5. Die Erhebungen der Zukunft – es wird diese mit Sicherheit geben – haben dann eine Chance, wenn die sozialen Verhältnisse den Menschen keine gesicherte persönliche und materielle Zukunft mehr gewährleisten können. Sie hängen auch vom Grad der Organisiertheit, der Geschlossenheit und Einigkeit der Marginalisierten ab und nicht von den Absichten einer Partei oder gesellschaftlichen Gruppe allein.

Unseren Thesen stellen wir ausgewählte Thesen zu den Riots von Jugendlichen gegenüber, die wir bei Wildcat fanden⁷⁸:

- Riots sind ein Schmelztiegel täglicher Kämpfe und Auseinandersetzungen, in ihnen explodieren die alltäglichen Widersprüche und Reproduktionsstrukturen. Dementsprechend vielschichtig und widersprüchlich ist es, was dabei passiert: Verallgemeinerung von Aneignung gegen individuelles Bereichern, soziale Autonomie gegen persönliche Feinden und Sexismus usw.
- Riots sind oft das »Abfall«produkt der Umstrukturierung, das Getöse, das die Krise begleitet. Für die Teile der Klasse, die »ausgehungert«, niedergedrückt und marginalisiert sind, sind sie der Versuch, politisch nicht kaputtzugehen, das Bedürfnis nach Leben aufrechtzuerhalten. Ein »kleiner« alltäglicher Anlaß genügt oftmals, um das Faß zum Überlaufen zu bringen.
- Auf der anderen Seite sind sie auch Punkte der Neuzusammensetzung: In der spontanen Revolte, im Ausbruch aus der Normalität gehen Leute aufeinander zu, zerbrechen alte Schranken, entsteht trotz der Abwesenheit von Macht und Organisation Stärke als Klasse. Die Lust an der Zerstörung, an der großen Party verbindet!
- Oftmals waren Riots Vorboten von breiten gesellschaftlichen Kämpfen, der »Blitz vor dem Donner« des aufkommenden Kampfzyklus (z.B. die Straßenschlachten auf der Piazza Statuto in Turin 62 oder die Wattsunruhen 65 in Los Angeles). In ihnen kam schon diffus eine gesellschaftliche Aufbruchstimmung

⁷⁸ Wildcat Nr. 59, Juni 1992, S. 30-31, im Internet vollständig unter www.wildcat-www.de/wildcat/59/w59rioth.htm.

zum Ausdruck, die in ihrer Folge weite Kreise ziehen sollte. Zudem ermutigen die Aufmerksamkeit und die Zugeständnisse der Herrschenden andere, selber zu den »Waffen« zu greifen.

- Anfangs der 80er Jahre wurden die Riots »ideologisiert«: sie wurden als existenzielles Aufbegehren thematisiert, aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang gerissen und zu Transporteuren von neuen gesellschaftlichen Werten hochstilisiert. Man sprach von einem neuen Zyklus von Sozialrevolten im nachkeynesianischen Staat, der sich jenseits von Arbeit und Ausbeutung entwickelt. Es gibt jedoch keine gesellschaftlichen Bereiche, die sich dauerhaft jenseits davon entwickeln könnten. Die Frage, die sich stellt, lautet eher: ist der Riot nur Nebenprodukt der kapitalistischen Umstrukturierung und endet er darin, daß sich die Leute wieder individuell durchschlagen, oder ist es tatsächlich das Vorzeichen einer neuen Klassenzusammensetzung, entstehen dabei bleibende politischen Strukturen etc.?
- Obwohl Riots im Gegensatz zu »zivilisierten« Politikformen sehr radikal erscheinen und dabei meistens keinerlei Forderungen aufgestellt werden, funktionieren sie oft wie ein



Hafenstraße November 1987

- Hilfeschrei, wie ein roher Appell. Ohne Mittel, das Aufbegehren offensiv fortzusetzen, werden »Forderungen« erfüllt, die nie formuliert wurden: sog. »Problem«viertel erhalten mehr Kohle, neue Sozialprojekte entstehen usw. Ob dann wieder Ruhe einkehrt, oder »Hunger nach mehr« entsteht, ist aber damit noch nicht entschieden.
- In vielen westeuropäischen Ländern gingen die Riots von den männlichen Migranten der 2. und 3. Generation

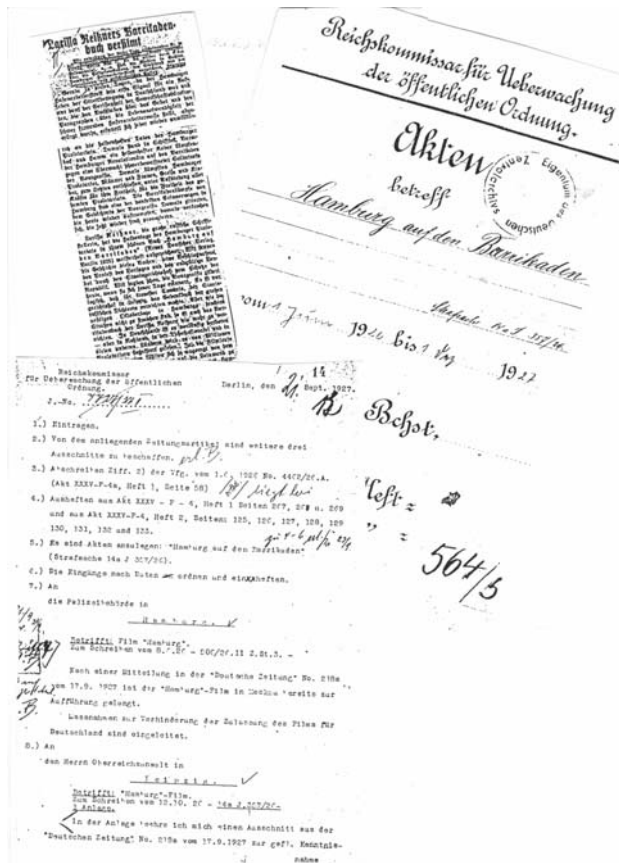
aus, fanden in »ihren« Ghettostadtteilen statt. Was oft einfach aus der Wut auf die gesamte Lebenssituation entstand (Arbeitslosigkeit, Wohnsituation, Rassismus, Familiensituation usw.), wird von allen Seiten »ethnisiert«, auf die »Ausländerfrage« reduziert: der Staat spricht von neuen Randgruppen, ihre vermeintlichen Sorgen füllen die öffentliche Diskussion, Sozialprojekte zur sog. Ausländerintegration boomen.

- Im Laufe der 80er Jahre ist die Integrationskraft der türkischen Familie in Deutschland in die Krise gekommen: Generationskonflikte und das Aufbegehren gegen die elterlichen Lebensperspektiven haben dazu geführt, daß die türkischen Jugendlichen auf der Straße sind und sich seit spätestens 87 auch in die Randalen einklinken, bzw. inzwischen zu ihren eigentlichen Trägern geworden sind, während sie noch in der Häuserbewegung 80-82 völlig außerhalb geblieben sind. Die oben beschriebene »Ethnisierung« war ein Gegenangriff auf diese Prozesse, worauf die Jugendlichen selbst teilweise mit einer Selbstethnisierung antworteten (nationale Identität, Islam usw.)
- Bis gegen Ende der 80er Jahre waren Riots zumindest in Deutschland links besetzt (Teilweise waren es »politische Riots«). Die Straßenkämpfe, die z.B. den Häuserkampf Anfang der 80er Jahre begleiteten, waren von politisch Organisierten initiiert. Die Entwicklungen der letzten zwei Jahre vor allem in der ehemaligen DDR, die Aktionen der Hools, der rechten und faschistischen Jugendbanden haben die Vorstellung des »sauberen« Riot, des Riot als »linke« Politikform endgültig in die Krise gebracht.
- Viele Linke setzen auf eine Polarisierung: die Linken und die ausländischen Jugendbanden im antifaschistischen Kampf gegen die rechten deutschen Jugendbanden. Umgekehrt ist es aber auch nur zynisch, dagegen den allgemeinen »neutralen« Begriff der »sozialen« Revolte gegen die Verhältnisse zu setzen. Der Perspektive von Bandenkriegen und Partikularisierungen kann aber nur entgangen werden, wenn neue (»linke«) Jugendbewegungen

entstehen, die diese Gegensätze in einen gemeinsamen Kampf umdrehen, der sich frei macht von nationalistischen und anderen Verengungen. Das schließt den Kampf gegen rassistische Übergriffe mit ein.

- Große Teile der (proletarischen) Jugendlichen, ob die Rocker Ende der 50er, die Punks ab Mitte der 70er Jahre oder die Tagger und U-Bahn-Surfer heute, finden immer Ebenen, das System herauszufordern, sich mit den Bullen zu konfrontieren. Jugendliche Rebellion ist eine historische Konstante, entscheidend ist, ob sie den Rahmen der Privatheit, der individuellen Kleinkriminalität verläßt, und im extremsten Fall eine blockierte gesellschaftliche Situation in Bewegung setzen kann. Die Rocker Ende der 50er Jahre z.B. waren, indem sie einfach ihre eigenen Bedürfnisse, ihre Provokationen gegen die spießige Umwelt und ihre Bandenzusammenhänge in den Mittelpunkt stellten, eine kalte Dusche für das Geschwätz von Kaltem Krieg, Wiederaufbau und Wirtschaftswunder und zugleich Vorläufer der aufkommenden politischen Bewegung.

6. Dokumentation: Hamburg auf den Barrikaden



1483, 1813 und 1987 hat es unseres Wissens Barrikaden in größerer Zahl in Hamburg gegeben. Und 1923.

Wir haben uns für den Abdruck dieses schwer erreichbaren Texts deshalb entschlossen, weil er ein Dokument ist, welches Befindlichkeiten der Menschen aufzeigt, die sich in der KPD organisierten, um für „die Revolution“ zu kämpfen, gleichgültig, wie wir diesen Begriff heute problematisieren mögen. *Hamburg auf den Barrikaden* ist mehrfach lesbar: als literarisches Beispiel zeitloser politischer ArbeiterInnenprosa wie als Dokutainment, wie man vielleicht heute sagen möchte oder als nachahmenswertes Beispiel, wie es im März 1925 der Oberreichsanwalt (Generalstaatsanwalt) interpretierte, der das Buch beschlagnahmte, da es hinter den historischen Ereignissen versteckt zur Revolution aufrufe. Bürgerliche Wissenschaftler verweisen das Buch Reissners in den Bereich „früher parteitypischer Verherrlichungen, die offenkundige Niederlage der Aufständischen im nach hinein in einen des Proletariats über die verhaßte Klasse der Bourgeoisie umzuschreiben“ (Boldt, S. 150). Das soll jede/r selbst entscheiden.

Der Text ist an wenigen Stellen behutsam modernen Schreibweisen angepasst worden (beispielsweise wurde aus Aermel *Ärmel*, aus Schiff- und Barmbeck *Schiffbek* und *Barmbek*).

Wer war Larissa Reissner?

Geboren 1. Mai 1895 in Lublin, gestorben 9. Februar 1926 in Moskau. Sowjetische Schriftstellerin, die vorwiegend in deutscher Sprache schrieb. Sie war bürgerlicher Herkunft, studierte in Frankreich und Deutschland und gab 1914 mit ihrem Vater eine antimilitaristische Zeitschrift heraus, die erste revolutionäre Gedichte, Artikel und Satiren Larissa Reissners brachte.

Dann war sie Mitarbeiterin der von Maxim Gorki herausgegebenen Zeitschrift „Letopis“ und - nach der Februarrevolution 1917 - an der Zeitung „Nowaja Shisn“ tätig (darin Larissa Reissners Pamphlete gegen Kerenski). Nach der Oktoberrevolution war sie Kommissarin im Stab der Moskauer Garnison und der Roten Wolga-Kaspi-Flottille. (Als solche ist sie Vorbild der Kommissarin in W. Wischnewskis Schauspiel „Optimistische Tragödie“).

Larissa Reissner publizierte Skizzen, und Reportagen über den Bürgerkrieg und die Anfänge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion (*Die Front*, 1924). Während der revolutionären Krise in Deutschland (1923) hielt sie sich in Hamburg und Berlin auf. Ergebnis dieser gesellschaftskritischen Studien war der

Reportageband *Hamburg auf den Barrikaden* (Berlin, Neuer Deutscher Verlag 1924; Neudruck 1960), der auf fesselnde Weise Hintergründe, Verlauf und Ausgang des Hamburger Aufstandes schildert.

Als Larissa Reissner in ihrer Eigenschaft als Kulturkommissarin der KPD Lenin vorschlägt mehr für die Sexarbeiterinnen im „Gewerbe“ zu tun, weist er dieses Ansinnen brüsk zurück. Lumpenproletariat, hieß es aus Moskau. Reissner hatte in Hamburg eine Prostituierten-Zelle gegründet; und einer ihrer Forderungen war, die Kommunisten mögen doch die Arbeit der Frauen am Manne endlich als Beruf anerkennen.

Mitte der zwanziger Jahre war Reissner erneut längere Zeit in Deutschland und berichtet über ihre Eindrücke in dem Reportageband *Oktober* (1929). 1924 reiste sie nach dem Ural, erlebte dort den Aufbau des Sozialismus unter schwierigsten Bedingungen und berichtet darüber in *Kohle, Eisen und lebendige Menschen* (1925).

Weitere literarische Pläne (eine Romantrilogie über die historische Entwicklung des Proletariats im Ural; Studien über die Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus) konnte die mit einunddreißig Jahren 1926 aus dem Leben gerissene Schriftstellerin und Sozialistin nicht mehr verwirklichen.

Hamburg auf den Barrikaden - Erlebtes und Erhörtes aus dem Hamburger Aufstand 1923

Von Larissa Reissner

[Nach der faksimilierten Ausgabe des Verlags auf hoher See, Hamburg 1984, Neuauflage 1.000 Exemplare. Der Verlagsname dürfte fingiert sein, da das 60jährige Copyright nach dem Tode der Autorin 1926 noch nicht abgelaufen war. Der Text ist exakt derjenige der ersten Ausgabe von 1925]

© Neuer Deutscher Verlag Berlin W8 Druck: Eugen Gutneff Berlin 3 W68, Alte Jacobstr. 144

Vorwort

Der namenlose Held.

In einem Brief an die amerikanischen Arbeiter schreibt Lenin: „Auf je hundert unserer Fehler, von denen die Bourgeoisie und ihre Speichellecker (unsere Menschewiki und die Sozialrevolutionäre darunter) in die Welt hinaus schreiben, kommen 10 000 große Heldenakte, die um so größer und um so heldenhafter sind, da sie einfach und unscheinbar sind, sich im Alltag des Fabrikviertels oder des entlegenen Dorfes abspielen und von Menschen begangen werden, die nicht gewohnt sind (und auch keine Möglichkeit dazu haben) ihren Erfolg in die Welt hinaus zu trompeten!“

Das Hamburger Proletariat ist der namenlose Held dieser Erzählung. Es ist wahr: wenig wissen die breiten Massen selbst in Deutschland von der ruhmvollen Hamburger Episode der Oktobertage 1923. Nicht nur, daß, wie der Verfasser auf den ersten Seiten schreibt, „der Arbeiter in den Grenzen eines bürgerlichen Staates keine Geschichte hat“, daß „die Liste seiner Helden das Standgericht und der Fabrikportier des menschewistischen Gewerkschaftsverbandes führen“ - nein, weiter über den Tod hinaus wird das verhaßte Andenken der Rebellen beschmutzt oder gänzlich erstickt - durch Verleumdungen oder durch Schweigen. Nachdem der Schlächter der französischen Kommune, Thiers, die Helden des Proletariats von Paris als „eine Handvoll Verbrecher“, als „Mörder“ bezeichnete, hat Friedrich Engels im Vorwort zu Karl Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ das Schicksal der proletarischen Kämpfer gekennzeichnet:

„Die Mauer der Föderierten“ auf dem Kirchhof Père Lachaise, wo der letzte Massenmord vollzogen, steht noch heute, ein stummberedtes Zeugnis, weicher Raserei die herrschende Klasse fähig ist, sobald das Proletariat es wagt, für sein Recht